

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphisch: Leipzig, Telephon 13693. — **Beran in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Inseratenpreise:** Die 7 spaltige Kolonellzelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 spaltige Zeile 1.70 Mk.; Reklame-Kolonellzelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 1721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Ein neues Kabinett Wirth.

#### Dr. Wirth mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

Berlin, 25. Oktober. Der Reichspräsident richtete heute nachmittags 5 Uhr an den Reichskanzler folgendes Schreiben: Herr Reichskanzler!

Seit Wochen ist es mein unausgesetztes Bemühen gewesen, für eine Verbreiterung der gegenwärtigen Regierungskoalition die Grundlage zu schaffen in der Überzeugung, in der ich mit Ihnen, Herr Reichskanzler, einig gehe, daß die großen Aufgaben, die Deutschlands auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik harren, auf einer breiten Regierungsbasis am besten gelöst werden können.

Sie, Herr Reichskanzler, haben mich in diesem Bestreben unterstützt und die Verbreiterung der Regierungskoalition zu wiederholten Malen als das nächstliegende Ziel Ihrer Politik bezeichnet und auch alles getan, um ihr näherzukommen. Die Entscheidung, welche die Volkshinterfragung der Allierten in der obersten Frage gefällig hat, hat zweifellos die Erreichung dieses erstrebten Zieles erheblich erschwert. Ich bin allerdings der Meinung, daß es bei allerzeit gutem Willen und unter Vorkonstellung der Interessen des Vaterlandes möglich gewesen wäre, die verbreiterte Koalition allen Bedenken zum Trotz zustandezubringen. Verschiedene Vorgänge haben sich leider hemmend in die gegenseitigen Verhandlungen eingebracht, so daß das erstrebte Ziel als gescheitert anzusehen ist.

Dies ist um so bedauerlicher, als die Abtritt des bisherigen Kabinetts das Bestehen einer handlungsfähigen Regierung angeht, die der außenpolitischen Lage zu einer zwingenden Notwendigkeit und die Bildung des neuen Kabinetts unausschiebbar macht. Kostbare Zeit ist auf die Verhandlungen zur Klärung der innerpolitischen Lage verwandt worden, ohne daß sich eine solche ergeben hat.

In dieser Not des Vaterlandes richte ich an Sie, Herr Reichskanzler, die dringende Bitte, Ihre mit gegebenen Mitteln zurückzugehen und unter Hintansetzung persönlicher und parteipolitischen Rücksichten die Bildung der Regierung zu übernehmen. Die Tatsache, daß Sie bereits einmal in schwerer Bedrängnis sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt haben, gibt mir die Hoffnung, daß Sie auch diesmal dieses Opfer bringen werden.

In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse vertraue ich darauf, daß es mit Ihrer Laibkraft und politischer Einsicht gelingen wird, eine Regierung zu bilden, welche in ihrer Zusammensetzung die Gewähr dafür bietet, daß sie die nächste der deutschen Politik gestellte Aufgabe, sowie die dringlichsten Probleme der weiteren Zukunft lösen kann. Ich bin in aller Wertschätzung Ihr aufrecht ergebenster

Ebert.

#### Die Zusage Dr. Wirths.

Berlin, 25. Oktober. Der Reichskanzler erklärte sich nach erneuter Rücksprache mit dem Reichspräsidenten bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen.

#### Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 25. Oktober. Der Vorkonferenzrat des Reichstages hat die Plenarsitzung nunmehr endgültig auf Mittwoch, 12 Uhr mittags, festgesetzt. Das Plenum selbst wird dann entscheiden, ob sich weitere Sitzungen anschließen werden oder der Reichstag sich bis zum 3. November vertagen soll.

#### Die neue Ministerliste.

Die Vossche Zeitung hält folgende Ministerliste für wahrscheinlich: Reichskanzler und Auswärtiges Dr. Wirth, Inneres Dr. Wolff Meißner, Finanzen Staatssekretär Dr. Japf, Wehrminister Dr. Gehler, Wiederaufbauminiater Dr. Rathenau, Wirtschaft Robert Schmidt, Ernährung Dr. Hermes, Schatzminister und Vizekanzler Gustav Bauer, Post Siebertz, Arbeitsminister Ernst Göttinger, Justiz Dr. Schiffer(?).

Als künftiger Justizminister wird nach einer Meldung des Vorwärts auch der Zentrumsmann Dr. Peter Spahn genannt. Auch mit dem Abgeordneten Dr. Fetze ist, nach einer anderen Meldung, der Reichskanzler in Verbindung getreten.

Nach einer weiteren Meldung der T.M. sei amtlich bestätigt worden, daß bis auf den Innenminister und den Justizminister alle früheren Minister ihre Rückkehr hatten werden.

#### Kein „Koalitionskabinett“.

Stimmen der Berliner Presse.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Heute mittags um 12 Uhr tritt der Reichstag zusammen. Weber die Zusammenfassung des neuen Kabinetts werden die verschiedensten Vermutungen aufgestellt. Das Berliner Tageblatt rechnet damit, daß Gehler, Rathenau und Schiffer im Kabinett bleiben, daß dagegen der Außenminister Rosen zurücktreten wird. Das neue Kabinett ist, wie der Vorwärts sagt, kein Koalitionskabinett. Auch zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gebe es keine Koalition mehr. Es soll aus politischen ohne Unterschied der Partei zusammengelehrt sein, sofern sie willens sind bereit sind, die Politik Wirths zu unterstützen. Die Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie haben ihren Mitgliedern freigestellt, in das Ministerium einzutreten. Die Demokraten überlegen noch, ob sie den Rücktritt Schiffers und Gehlers verlangen sollen oder nicht. Da es keine Koalition gäbe, meint der Vorwärts, müsse Wirth heute im Reichstages um seine Mehrheit kämpfen. Das Blatt ist der Ansicht, daß die breiten Massen des Volkes hinter dieser neuen Regierung noch fester stehen werden als zuvor. Die

Freiheit sagt, daß das neue Ministerium Wirth politisch dadurch zunächst geschwächt erscheine, daß es nicht gleichsam offen als Regierung der Rechtssozialisten und des Zentrums gelten soll, denn es heißt, daß Dr. Wirth in der Auswahl der Minister freie Hand erhält. Aber was für den Augenblick als politische Schwächung erscheinen könnte, bedeute eine Stärkung der persönlichen Stellung Wirths und zugleich die stärkste Rechtfertigung der von ihm eingeschlagenen Politik. Denn daß man zur Entwürrung des Chaos auf ihn zurückgreifen muß trotz der starken Widerstände, die in allen bürgerlichen Parteien sich erhoben hatten, beweis den Instanz der ganzen Krise und wird vielleicht doch den Fraktionsführern die Luft austreiben, mit den wichtigsten Interessen des deutschen Volkes und dem Ansehen des Parlaments noch einmal Schindluder zu spielen. In dieser schweren Krise habe es sich wieder herausgestellt, daß die Arbeiterschaft der Träger der politischen Vernunft ist und daß sie es ist, die durch ihre feste und entschlossene Haltung Deutschland vor nationalitischen Torheiten schütz. Ihr vor allem wird es zu danken sein, wenn zum dritten Male eine schwere Krise überwunden werden wird.

Die Germania überschreibt ihren Artikel zur Krise: Furcht vor der Verantwortung. Sie weist der Deutschen Volkspartei vor, daß sie bei einem Diktat immer nur das Schwere und Drückende sehe, daß ihr das genüge, um das Halbespanier zu ergreifen. Man fürchte dort immer nur den Annäheren der Wähler. Die Zentrumskräfte des Reichstages werde ganz selbstverständlich die Bemühungen Dr. Wirths, eine neue Regierung zu bilden, voll und ganz unterstützen. Das Blatt schreibt weiter: „Wir hoffen und wünschen, daß ihm die Kabinettsbildung bis zum Ablauf der von der Entente für die Ernennung unseres obersten Reichskommissars gesetzten Frist gelingen möge und daß damit Deutschland vor der Gewaltpolitik wieder einmal gerettet wird.“

Der Lokalanzeiger schreibt: „Jede Kabinettskrise in der deutschen Republik bedeutet einen Anschauungskursus für das deutsche Volk über das Thema, welche unhaltbaren Verhältnisse in Reichstag, welche einschneidende Zerfahrenheit in den maßgebenden Reichstagsfraktionen herrschen, einen Anschauungskursus darüber, wie ungeeignet das parlamentarische Regime für ein derartig parteierstrennes Volk, wie das deutsche ist. Ein Beleg endlich dafür, daß über dieser Parteierstrenghet und über diesem parlamentarischen Regime wichtige vaterländische Interessen über das Rote hinweggehen werden müssen. Das Blatt weist den Tadel in dem Schreiben des Reichspräsidenten, daß die vaterländischen Interessen bei der Krise nicht überall vorangestellt worden seien, für die Deutsche Volkspartei zurück. Er werde von Rechts wegen der Mehrheitssozialdemokratie zugewiesen werden müssen.“

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt, das neue Kabinett sei nicht ein Kabinett der Parteien, das festgesetzt und stehend auf einer großen Mehrheit des Reichstages eine feste Richtung der Politik auf lange Sicht garantieren könnte. Nur ein Kabinett, das für einen bestimmten Zweck geschaffen, versuchen soll, über die Schwierigkeiten hinwegzukommen, die sich aus dem Diktat von Genf für unsere auswärtige Politik, wie in fast noch stärkerem Grade für unsere innere Politik ergeben, das dann aber wohl den Weg freizumachen hat für ein kommendes Kabinett, welches auf dem Prinzip einer starken Zusammenfassung beruhend, die Möglichkeit einer festen Politik auf lange Dauer gewährt.

Die Rote Fahne nennt das Kabinett eine verkappte Stinneskoalition.

#### Die Wahl des Kommissars.

Berlin, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der oberste Ausschuh, der gestern unter Vorsitz des Ministers Krieger tagte, wählte, da die Zeit drängt und der Termin der Ernennung des Kommissars Donnerstag abläuft, einen Unterausschuh, der von sich aus die Persönlichkeit des Kommissars bestimmen soll.

#### Die Münchner Mörderzentrale in Tätigkeit.

Ein neuer Anschlag auf den Abgeordneten Auer.

München, 25. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend gegen 11 Uhr wurden auf den rechtssozialistischen Abgeordneten Erhard Auer zwei Revolvergeschosse abgegeben, als er aus einer Sitzung im Gewerbefachsaal kommend, am Tor des südlichen Friedhofes vorbeiging. Die Schüsse gingen leise. Auer griff selbst zum Revolver und gab ebenfalls zwei Schüsse auf die Mörderzentrale ab, die in der Dunkelheit jedoch entkam. Vermutlich sind die Revolverhelden Beauftragte der Mörderzentrale des Freikorps Oberland, deren Hof sich der Abgeordnete Auer jeden Tag durch die Enthüllungen über das Freikorps Oberland und seine Mörderbanden zugezogen hat. Vor wenigen Tagen sandte er eine Demonstration von Halterkreuzern und Oberländern vor der Wohnung des Abgeordneten Auer statt.

Der neue Mordversuch beweist, daß die feigen Mordmörder in München auch unter dem neuen Regime Versehen ihre Tätigkeit ungehindert fortsetzen können. Nach dem bisherigen Verhalten der neuen bayerischen Regierung wird man auch kaum erwarten dürfen, daß diese nach dem neuen Mordversuch mit der notwendigen Energie gegen das reaktionäre Mordnestel einsehreten wird. Maner soll anscheinend auch unter der Regierung Versehen das Üben, was es unter Rahr und Pochner gewesen ist — das deutsche Auen.

### Kartoffelnot und Kartoffelwucher.

In Deutschland, dem Lande mit den größten Kartoffelernten der Welt, herrscht ein bedrohlicher Mangel an Kartoffeln. Die Preise der Kartoffeln sind fünf- bis zwanzig- bis dreißigmal so hoch wie in der Vorkriegszeit, und selbst für diese phantastisch hohen Preise sind in vielen Gegenden Kartoffeln nicht zu haben. Besonders in den Städten macht sich der Mangel an Kartoffeln in ganz empfindlicher Weise bemerkbar, und es besteht die große Gefahr, daß viele Städte beim Eintritt des Winters ohne alle Kartoffelvorräte dastehen.

Wenn es in den letzten Jahren an Kartoffeln mangelte, be- haupteten die Agrarier und Händler stets, an diesem Mangel sei nur die Zwangswirtschaft schuld, mit der Zwangswirtschaft würden auch die Kartoffelnot und die hohen Preise verschwinden. Den Verbrauchern wurde der „Segen der freien Wirtschaft“ in den verschiedensten Farben geschildert. Unter der Führung des Reichsministers Hermes, dessen Aufgabe es sein sollte, für die Sicherung der Volksernährung zu sorgen, wurde der Feldzug für die freie Wirtschaft unternommen. Nun ist die Zwangswirtschaft gefallen und die Verbraucher bekommen die Segnungen der so viel gepriesenen freien Bewirtschaftung in vollem Maße zu spüren. Die von uns als Bekämpfer der freien Wirtschaft vorausgesagten schweren Nachteile für die Konsumenten werden jetzt jedem klar. Der Kartoffelwucher steht in ärgster Blüte, und die Masse der Bevölkerung, die nicht wie die Befehlshaber jeden geforderten Preis bezahlen kann, befindet sich hinsichtlich der Kartoffelversorgung in einer Notlage wie in der Kriegszeit.

Dabei ist die Kartoffelernte in Deutschland keineswegs schlecht. Die Ernte wird amüßig als „mittlere“ bezeichnet, sie ist stellenweise sogar recht gut ausgefallen. An Kartoffeln fehlt es also nicht, und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung wäre durchaus möglich. Das können selbst die landwirtschaftlichen Produzenten nicht bestreiten. Sie versuchen deshalb, die Schuld den mangelhaften Transportverhältnissen zuzuschreiben. Sie behaupten, die Wagenstellung für den Kartoffeltransport durch die Reichs-Eisenbahnverwaltung sei ganz ungenügend. Demgegenüber ist aber von amtlichen Stellen zahlenmäßig nachgewiesen worden, daß bis Mitte Oktober Wagen für den Transport ebenso großer Mengen wie im vergangenen Jahre zur Verfügung gestellt worden sind. Durch die Klagen über den angeblichen Wagenmangel soll der Ansehen erweckt werden, daß die Eisenbahnen unter der Verwaltung des Reiches nicht leistungsfähig seien. Es soll zugleich Stimmung gemacht werden für den in der letzten Zeit viel erörterten Plan, die Eisenbahnen der Privatwirtschaft zur Ausbeutung zu überlassen. Das ging mit aller Deutlichkeit aus einer Festsprechung des deutschnationalen Abgeordneten Dr. Krüger hervor, der gelegentlich der Besprechung der Kartoffelinterpellation im preussischen Landtage sagte: „Wenn die Eisenbahnen Privatbahnen wären, hätten wir keinen Wagenmangel und könnten Kartoffeln transportieren.“ Wie schon bemerkt kann aber der Kartoffelmangel ernstlich nicht mit ungenügender Wagenstellung entschuldigt werden. Es werden genügende Mengen Kartoffeln transportiert, es fragt sich nur, wo sie hinkommen. Trotz aller amtlichen Dementis und trotz des bestehenden Ausfuhrverbotes gehen zweifellos ganz beträchtliche Mengen von Kartoffeln ins Ausland. Der Tiefstand der deutschen Valuta gestattet es den Agenten und Händlern, fabelhafte Preise für Kartoffeln zu bieten und die Kartoffeln trotzdem mit Riesengewinnen nach dem Ausland zu verkaufen. Auf allen Märkten und in allen Gegenden tauchen diese Agenten auf. Besonders nach Frankreich werden die Kartoffeln in großen Mengen verschoben, so daß in Frankreich bereits ein großer Überfluß an Kartoffeln zu verzeichnen ist.

Unabhängig von gebotenen hohen Preisen pfeifen die Agrarier natürlich auf alle Mahnungen der Regierung zur Ablieferung der Kartoffeln zu angemessenen Preisen an die Verbraucher in Deutschland. Sie werden mit ihren Preisforderungen immer unverschämter. Werden die geforderten Wucherpreise nicht bewilligt, dann halten die Kartoffelbauern die Kartoffeln eben zurück in der Erwartung, daß bei dem künstlich herbeigeführten Mangel die hohen Preise später schließlich doch bezahlt werden. Daß die agrarische Profitsucht tatsächlich keine Grenzen kennt, geht aus der Tatsache hervor, daß agrarische Organisationen im Ernste gefordert haben, daß man ihnen Doppel- und Dreifachpreise für die Kartoffeln zahle. Wenn also vor dem Krieg der Zentner Kartoffeln etwa einen Dollar (4.20 Mk.) kostete, so soll der Zentner jetzt entsprechend dem gegenwärtigen Stand des Dollars mit 150 bis 160 Mark bezahlt werden. Begünstigt werden die mahllosen Preistreiber durch die für Brennereikartoffeln bewilligten hohen Preise. Die Zunker haben es durchgesehen, daß ihnen für diese zu andern Zwecken unbrauchbaren schlechtesten Kartoffeln 35 Mk. für den Zentner bezahlt werden. Wenn sie für dieses ganz minderwertige Zeug derartig hohe Preise erhalten, fördern sie eben für Speisekartoffeln das Doppelte und Dreifache. Daß durch

Wenn schamlosen Wucher und durch die aus Gewinn betriebene Zurückhaltung der Kartoffeln Millionen Kinderbemtelteter zum Hungern verurteilt werden, rührt die gewissenlosen Profittäter nicht im geringsten.

Zunehmen wird die Not der beschlossenen Massen immer größer, und mit dem wachsenden Elend wächst naturgemäß auch die Empörung. Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist die Regierung wiederholt auf die Gefahren hingewiesen worden, die drohen, wenn die Regierung nicht wirksame Maßnahmen gegen den schamlosen Wucher trifft. Selbst in den Kreisen der christlichen Arbeiter ist die Erbitterung ungeheuer, wie verschiedene Eingaben christlicher Verbände an die Regierung beweisen. Auch in diesen Eingaben wird betont, es sei die höchste Zeit, daß die Regierung gegen die „dampfhafte Wucherwirtschaft“ wie Der Deutsche, das Organ Stegerwalds, schrieb — vorgehe. Die Reichsregierung aber bleibt trotz aller Warnungen und Mahnungen taub. In einer Besprechung, die vor einigen Tagen im Reichsernährungsministerium stattgefunden hat, haben der Ernährungsminister Hermes und sein Vertreter nach dem vorliegenden Bericht zwar eine Senkung der Kartoffelpreise im Interesse der Verbraucher als dringend notwendig bezeichnet, aber von irgendwelchen beabsichtigten wirksamen Maßnahmen zur Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln wird nichts berichtet. Man hat lediglich Hilfsaktionen durch Abgabe von verbilligten Kartoffeln an die notleidende minderbemittelte Bevölkerung empfohlen und sich im Übrigen mit den üblichen Ermahnungen an die wuchernden Agrarier begnügt. In seinem Schlusswort hat Dr. Hermes zwar auch gedroht, daß die Wucherer „rückwärts zur Rechenschaft gezogen werden“ sollen, aber kein Mensch merkt etwas von diesem rückwärtslosten Vorgehen, und der Wucher geht ungehindert weiter.

Der einseitige „Ernährungsminister tut also in Wirklichkeit nichts. Als Vorkämpfer der viergrößten freien Wirtschaft hofft er noch immer, daß dank der Einsicht der landwirtschaftlichen Produzenten eine Besserung eintreten werde. Dabei beweisen gerade die schandvollen Zustände in der Kartoffelwirtschaft den vollkommene Bankrott der freien Wirtschaft. Selbst effiziente Wirtschaftler des freien Handels, wie z. B. der Zentrumsabgeordnete Gronowski und der Zittauer Bürgermeister Dr. Klitzsch, haben öffentlich zugestanden, daß sie ein derartiges Vorgehen der freien Wirtschaft niemals für möglich gehalten hätten. Für jeden Einsichtigen liegt es auf der Hand, daß eine Besserung nur durch energische Eingriffe im ganzen Reiche herbeigeführt werden kann, denn die Regierungen der Einzelstaaten sind den schandvollen Zuständen gegenüber so gut wie machtlos. Den Weg, der beschritten werden muß, hat die Reichstagsfraktion der USV. gewählt. Sie hat im Reichstag einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Einführung des Umlageverfahrens vorschlägt, wie es ähnlich bereits beim Getreide vom Reichstag beschlossen ist. Er lehnt sich an das Umlagegesetz an. Der Erzeuger erhält einen Preis, wie er durch die Produktionskosten der Landwirtschaft bestimmt wird. Für eine höhere Preisfestsetzung liegt gar keine Veranlassung vor, weil auch nach diesem Gesetzentwurf der Unabhängigen Sozialdemokratie die Landwirte nur einen Teil, 6 Millionen Tonnen, von der Ernte an Kartoffeln zu diesem Preise abliefern sollen, während genau wie beim Getreide der übrige Teil in den freien Handel wandern kann. Diese 6 Millionen Tonnen würden ausreichen, um die häßliche Bevölkerung während der uns noch bevorstehenden Versorgungsperiode mit einer genügenden Ration zu bestücken. Gleichzeitig fordert unsere Fraktion, die tägliche Ration, die jetzt etwa 200 Gramm beträgt, auf 260 Gramm zu erhöhen, damit der Bevölkerung zunächst für die schwebenden Kartoffeln eine größere Brotration zugewährt werden kann.

Dieser Entwurf unserer Reichstagsfraktion zeigt den Weg, der die Rückkehr zu einer geregelten Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln ermöglicht. Er muß beschritten werden, wenn die arbeitende Bevölkerung vor dem Verschubern geschützt und eine Katastrophe im kommenden Winter verhütet werden soll. Regierung und Reichstag haben jetzt Gelegenheit, zu beweisen, ob sie tatsächlich bereit sind, Hilfe zu leisten. Freilich muß rasch gehandelt werden, wenn die Hilfe nicht zu spät kommen soll. Unsere Fraktion wird alles aufbieten, um eine beschleunigte Annahme ihres Antrages durchzusetzen. Aufgabe der Arbeiterorganisationen und der Massen selbst ist es, unsere Vertreter im Reichstag tatkräftig zu unterstützen.

## Die Komödie in Berlin.

Die Vorgänge, die sich anlässlich der Regierungsabnahme in Berlin abgespielt haben, sind eine ähnelnde Satire auf die Parteiverhältnisse in Deutschland. Sie wären der glänzendste Vorwurf für eine Komödie der Parteien, und es bedürfte eines Aristophanes, um seine beißende Laune darüber zu gießen. Man denke. Seit Wochen war der Inhalt der Genfer Entscheidung wenigstens flüchtig bekannt. Sie entsprach den Wünschen keiner der Parteien. Aber noch ehe man den Wortlaut der Beschlüsse von Genf kannte, warfen die Demokraten die Platte ins Korn und erklärten, dem Kabinett ist der moralische Untergrund genommen, die Regierung müsse demissionieren. Die beiden andern Koalitionsblätter hatten alle Mühe, den demokratischen Heldenselen das Rückgrat zu steifen. Es kam die Nachricht, daß das Kabinett verblübt, um sich den Beschlüssen des Reichstages zu unterwerfen. Danach erfolgte die Bekanntheit des Wortlautes der Beschlüsse von Genf mit der Mantelnote, die Briand hinzugefügt hatte. Der Inhalt der Genfer Bestimmungen deckte sich im wesentlichen mit dem bisher bereits Bekannten, nur die Deklarationen Briands gaben dem Ganzen allerdings ein andres diktatorisches Gepräge. Dadurch war den demokratischen Gliebern des Kabinetts das Herz völlig in die Hose gefallen und sie erklärten demonstrativ, daß nunmehr die Weiterexistenz des Kabinetts eine Unmöglichkeit sei. Am Sonnabend erfolgte der Rücktritt der Regierung, morgen verläßt die Frist für die Ernennung des Kommissars, die gleichzeitig die indirekte Anerkennung der Genfer Bestimmungen bedeutet. Die Regierungsräte mußten binnen kurzem gehen und jeder denkende Politiker war sich klar darüber, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen jedes kommende Kabinett nur die Politik Wirths weiterführen konnte. Trotzdem wurde die Krise heraufbeschworen und heute, am Vortage des Ablaufes der Frist, sehen wir das eben erst verschwundene Kabinett Dr. Wirth mit fast denselben Ministern wiederkommen, nur hat man dem zweiten Ministerium Wirth eine andere Deklaration gegeben, indem nunmehr das Kabinett Wirth nicht mehr auf der Koalition der Parteien begründet sei, sondern daß die Mitarbeiter des Kabinetts aus eigenem Entschließen Dr. Wirth ihre Beihilfe leisteten. Das also ist das Endergebnis der Krise, die uns vor dem geläuterten Auslande maßlos lächerlich machte und die zuletzt doch so endete, wie

jeder Politiker, der seine Korden zu beherrschen imstande war, ohne Schwierigkeit vorhersehen mußte.

Trotzdem darf man nicht verkennen, daß die Krise einen bestimmten realen Hintergrund hatte. Die Demokraten glaubten, der Zeitpunkt sei gekommen, um die in Görlich propagierte Verbreiterung der Regierung zur Durchführung zu bringen. Die Männer um Gothelb schienen sich mit Allgewalt zu Stimmes hinzugehen, und sie glaubten, die obersteinsten Angelegenheit als Spunghört zu benutzen, endlich mit der Volkspartei zusammen zu kommen. Indes, die Volkspartei zeigte ihnen noch immer die kalte Seite, weniger aus Gründen der Abneigung hinsichtlich der Verbreiterung des Kabinetts. Sie wollten auf die große nationalistische Geste nicht verzichten, um sich einen großen Teil der bürgerlichen Wähler zu sichern. Trotzdem wird die große Koalition kommen, wenn nicht die Arbeitererschaft alles aufbietet, um eine starke Einheitsfront herbeizuführen, die dahin wirken wird, den Rechtssozialisten entsprechend das Rückgrat zu steifen. Es muß anerkannt werden, daß die Rechtssozialisten im Besonderen der obersten Instanz sich von den nationalsozialistischen Geste, die sie ehemals wieder mitmachten, freihielten. Wenn dies einen Wendepunkt in der mehrheitsozialistischen Politik bedeutet, dann ist das nur zu begrüßen.

Die Volkspartei rechnet, wie aus ihrer Erklärung zu ersehen ist, damit, das zweite Kabinett Wirth lediglich ein Übergangskabinett bedeutet. Sie sagt in aller Offenheit, daß damit die Verbreiterung der Regierungsgrundlage durchaus nicht aufgegeben worden sei. Sie werde dahin wirken, daß die Volkspartei nicht nur als dienendes Glied in das kommende Ministerium eintritten wird, sondern auch dahin — und die Demokraten leisten dazu die trefflichsten Schrittmacherarbeit —, damit die Sinnnespartei das Rückgrat des kommenden Verbreiterungskabinetts werde. In der Haltung der Arbeiterpartei wird es liegen, inwieweit sich diese Wünsche verwirklichen lassen werden. Hellmann schreibt: „Die große Koalition ist also gescheitert. Möge sie für immer tot sein!“ Die Sozialdemokraten haben es in der Hand, die große Koalition von Stimmes bis Scheidemann für immer tot sein zu lassen. Hoffen wir, daß diese Auffassung nicht nur auf die Kreise um Hellmann beschränkt bleibt. Die gesunde deutsche Arbeitererschaft wird durch das Streben nach der proletarischen Einheitsfront dafür zu sorgen haben, daß dieser Gedanke auch in die Köpfe der übrigen mehrheitsozialistischen Führer Eingang findet.

## Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei hat ihren Standpunkt in der Haltung zur obersteinsten Frage und damit in der Angelegenheit der Regierungsabnahme näher präzisiert. Aus dem Antwortschreiben der Sinnnespartei entnehmen wir folgende Parolen:

„In den Verhandlungen beim Reichspräsidenten zeigten sich aber in der Behandlung dieser Frage weitgehende Meinungsverschiedenheiten. Der Versuch, für die an der Verhandlung beteiligten Fraktionen eine Einigungsformel zu finden, führte nicht zu einem Ergebnis, das von der Deutschen Volkspartei als ihrem Standpunkte entsprechend angesehen werden konnte. Die Fraktion kam infolgedessen einmütig zu der Überzeugung, daß eine Grundfrage für ein dauerndes einmütiges Zusammenarbeiten der für die große Koalition in Aussicht genommenen Parteien derzeit nicht gegeben sei. Wenn der Standpunkt der Deutschen Volkspartei Anerkennung finde, müsse damit gerechnet werden, daß die Elemente unter Umänden durch Zwangsmassnahmen Deutschland zur offiziellen Anerkennung der obersteinsten Entscheidung zu bringen versuche. Alle Parteien, welche die neue Regierung bilden, müßten dann entschlossen sein, diesen Zwangsmassnahmen gegenüber Widerstand zu leisten. Diese Auffassung der Deutschen Volkspartei wird aber nicht von allen Parteien geteilt, die für die neue Regierungsabnahme in Betracht kommen, und deshalb besteht die Gefahr, daß ein jetzt gebildetes Kabinett, selbst wenn man sich über die Formel der obersteinsten Frage einigt, in kurzer Zeit wieder zusammenbrechen könnte, sobald Differenzen über diese Frage entständen. Angesichts dieser Sachlage kann sich die Deutsche Volkspartei an der Regierungsabnahme nicht beteiligen. Dieser Vorstoß bedeutet aber keineswegs eine Abgabe der Gedanken der großen Koalition, dem auslösende die Fraktion in den stattgehabten Verhandlungen bis zur Grenze des Möglichen nach einer Verständigung gesucht hat. So hat die Fraktion bei den vorangegangenen Verhandlungen selbst weitgehende Vorschläge für Beibehaltung und Spekulationssteuern gemacht, um dadurch eine Einigung in der Steuerfrage herbeizuführen. Alle diese Gesichtspunkte aber müßten zurücktreten, wenn es sich um die obersteinsten Frage handelt.“

## Zur Voresicht der Berufung Wirths.

Berlin, 26. Oktober. (L.A.) Ueber die Vorgänge, die der Berufung Dr. Wirths unmittelbar vorausgingen, erfahren wir noch folgendes: Nachdem die Deutsche Volkspartei sich entschieden hatte, an der Regierungsabnahme nicht teilzunehmen, spritzte sich die Situation sehr zu, besonders, als die Demokraten in ihrer Nachmittagsfraktion sich gleichfalls entschieden, nicht in ein Kabinett, das auf der alten Koalitionsbasis aufgebaut sei, einzutreten. Die Vertreter der demokratischen Fraktionen teilten diesen Beschlüssen, der durch die Haltung der Sozialdemokraten in der obersteinsten Frage hervorgerufen war, den beiden Koalitionsparteien mit. Gleichzeitig ließen die Demokraten und Zentrum anfragen, ob dieses gewillt sei, eine Regierung auf der Basis Demokraten und Zentrum zu bilden. Das Zentrum antwortete ablehnend, um so mehr, als es wissen wollte, daß die Person Dr. Wirths die Demokraten am Eintritt in die alte Koalition hinderte. In einer weiteren Unterredung zwischen den Vertretern der beiden Parteien, zu der das Zentrum die Abgeordnete Weder und Schatz entsandte, betonten die Demokraten nochmals, daß nur die Haltung der Sozialdemokraten ihre absiehende Stellungnahme beeinflusst habe. Für das Zentrum bestand darauf die Möglichkeit, eine Regierung mit den Sozialdemokraten zu bilden, die aber von dem weitaus größten Teile der Fraktion abgelehnt wurde. Nachdem so alle Möglichkeiten eines politischen Kabinetts auf breiter Grundlage erschöpft waren, griff der Reichspräsident, der während des Nachmittags des Pfiers mit den Führern der alten Koalitionsparteien konferiert hatte, ein und beauftragte Dr. Wirth mit der Neubildung der Regierung.

## Polen zur Uebernahme bereit.

Kattowitz, 26. Oktober. (L.A.) Kattowitz ist in diesen Tagen stärker durch kongresspolnische Beamte belegt worden, für die Bureaus im Hotel Deutsches Haus und im Russischen Hof eingerichtet worden sind um Vorbereitungen für die Uebernahme der Bahnen usw. zu treffen. Ein bekannter polnischer Führer erklärte, daß alles zur Uebernahme bereit sei. Man warte noch auf das Ergebnis der Oppeler Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Seite.

## Eine neue Aktion der Kommunisten.

Ueber die neueste Aktion der KP.D. berichtet die Freiheit folgendes:  
Nachdem die kommunistische Partei einige Zeit nur noch durch die Erscheinung ihres Verfalls die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der andern proletarischen Parteien herausgefordert hatte, fand man gestern nach langer Zeit in der roten Frahn wieder einmal einen Aufruf. Der Aufruf fordert die Einheitsfront der Arbeitererschaft auf Grund eines Programms, das unter Fortlassung der Sozialisierungsforderung von den Mindestforderungen abgeschrieben ist, die dem bekannten Briefwechsel unserer Partei mit der SPD. zugrunde liegen.  
Ueber den Zweck dieser Erscheinung sollten wir bald klären.

helt erlangen. Die KP.D. ersuchte unsere Parteileitung gestern um eine Aussprache über die gegenwärtige Krise und bei den Besprechungen einiger Genossen mit den Vertretern der Kommunisten stellte sich heraus, daß der Aufruf mit den abgehandelten Forderungen den Anfang zu einer großen „Aktion“ bilden sollte.

Die Kommunisten regten an, die sozialistischen Parteien sollten unter Hinzuziehung der Gewerkschaften zu gemeinsamen parlamentarischen und unparlamentarischen Aktionen schreiten, um das Zustandekommen einer bürgerlichen Regierung zu verhindern. Das Ziel der Bewegung sollte die Bildung einer sozialistischen Regierung sein.

Auf die Frage unserer Genossen, ob die Kommunisten denn bereit wären, in eine solche sozialistische Regierung einzutreten, erklärten die Kommunisten, daß sie sich dazu nicht verpflichten könnten, sie würden nach ihrem Plan der sozialistischen Regierung gegenüber eine Haltung wohlwollender Neutralität einnehmen, die wie gegenwärtig in Sachen und Thuringen, aber sie könnten sich nicht an der Regierung beteiligen.

Damit war die Politik der Kommunisten auch in diesem Falle in ihrer ganzen Bässerschaft entlarvt. Die Anfrage der KP.D. war für unsere Vertreter damit erledigt. Sie erstatteten in einer gemeinsamen Sitzung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion unserer Partei sofort Bericht und die beiden Körperschaften billigten die Haltung unserer Vertreter.

Der Zweck der ganzen Übung ist immer derselbe. Die politischen Saboteure in der KP.D. wollen sich an die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften heranmachen, um aus ihrer völligen Isolierung und Bedeutungslosigkeit herauszukommen.

## Ein ungeheuerlicher, zynischer Justizmord! Todesurteil über zwei amerikanische Anarchisten wegen ihrer Bestimmung.

Wir sind seit den Tagen, da die deutsche Gegenrevolution anhub, — also seit den letzten Dezemberwochen von 1918 — dem Justizmord an Revolutionären und sein Gegenstück, den Freispruch der Klaffenjustiz in Bayern auf den Sturz der Kaiserrepublik, nach ihrem Willen in Horthingarn, nach den Hahn ausbreichen der Militär- und Ausnahmegerichte nach den März kämpfen von 1920 und dem kommunistischen Märzputsch von 1921 kann uns auf diesem Gebiet kaum noch etwas überraschen. Dennoch ist der Justizmord, der jetzt in Amerika an den beiden Anarchisten Sacco und Vanzetti verübt werden soll, ein Fall, der die Gemüter aller Proletarier und aller rechts gesinnten Menschen aufs äußerste empören muß. Denn die Justiz, die die beiden als angeblide Mörder verurteilt, ist hier mit einem Ignorismus vorgegangen, hat so offen anerkannt, daß den beiden Männern nicht die Spur des Verbrechens bewiesen, dessen sie angeklagt und wegen dessen sie zum Tode verurteilt worden, daß die freie Herausforderung des Rechtsempfindens alles bisher Dargestellte übersteigt.

Der Richter Thayer, der den Todespruch gefällt hat, hat erzwangt, folgendes zu erklären:

„Diese Männer, obgleich sie das Verbrechen, dessen sie beschuldigt werden, nicht materiell begangen haben, sind moralisch schuldig, weil sie die Feinde der bestehenden Einrichtungen sind; weil sie Anarchisten sind; weil sie während ihres Aufenthalts in den Vereinigten Staaten die Notwendigkeit, die bestehenden Einrichtungen niederzureißen, propagiert haben und das ein Verbrechen an sich ist.“

... Sie sind demnach schuldig wegen ihrer Ideen und es ist möglich, daß sie das Verbrechen hätten begehen können, nur um die bestehende Gesellschaft zu entsetzen und einer These einen Anschein von Wahrheit zu geben, die behauptet, daß der Diebstahl das natürliche Ergebnis des Privateigentums ist.

Das ist das offene zynische Eingeständnis, daß die beiden Anarchisten wegen ihrer anarchistischen Propaganda hingerichtet werden sollen, daß sie des Verbrechens, das als Vorwand dient, nicht schuldig sind! Und diese freche Verhöhnung des Rechts, diese heillosste Herausforderung allen Rechtsgefühls soll am 1. November durch die Hinrichtung der beiden Verurteilten vollendet werden!

Sacco und Vanzetti waren am 5. Mai in Boston verhaftet worden. Am Tage zuvor war ihr seit acht Monaten ungeklärter verhafteter Freund Andrea Salsedo tot auf der Straße unter dem Fenster seiner Gefängniszelle in Dedham aufgefunden worden. Ob sich Salsedo selbst aus dem Fenster gestürzt hatte oder ob er von andern hinausgestürzt worden ist, konnte nicht festgestellt werden. Hierüber hätte allenfalls nur ein Mitgefänger von Salsedo Auskunft geben können. Merkwürdigerweise ist aber die Vernehmung dieses einzigen Zeugen dadurch hintertrieben worden, daß die Gefängnisleitung ihn abschob. Statt dessen wurden Sacco und Vanzetti des Mordes an Salsedo angeklagt und ohne den mindesten Beweis zum Tode auf dem elektrischen Stuhl verurteilt. Offenbar hat das Gericht bei diesem Todesurteil sich nur von einer Weisung von der Regierung leiten lassen, deren Bestreben es war, die beiden rührigen Anarchisten als Führer einer gemeinen Verschwörer- und Mörderbande erscheinen zu lassen.

Ganz so einfach sollte der amerikanischen Regierung diese krupellose Befestigung zweier ihrer verhafteten Anarchisten freilich nicht gelingen, denn selbst die bürgerlichen Blätter bekannten, daß dieses Urteil jeder Grundlage entbehre. So schrieb der Boston American vom 15. August: „Wir sind von der Schuld von Sacco und Vanzetti keineswegs überzeugt. Der Verlauf des Prozesses macht es unmöglich, zu solcher Ueberzeugung zu kommen.“

In Amerika ist darum eine große Protestaktion gegen dieses unerhörte Urteil, das am 1. November vollstreckt werden soll, eingeleitet worden und erfreulicherweise nicht auf die Vereinigten Staaten beschränkt geblieben. Insbesondere haben sich auch die italienischen Sozialisten und in Frankreich Sozialisten und Kommunisten für die Freilassung der beiden zu Tode Verurteilten eingesetzt und überall gewaltige Kundgebungen veranstaltet. Ebenso haben Anatole France, Roman Rolland und Henri Barbusse ein Telegramm an den amerikanischen Präsidenten Harding gerichtet und die Freilassung von Sacco und Vanzetti als einen Akt menschlicher Gerechtigkeit gefordert. Dieser Forderung hat sich in Frankreich ferner die Liga für Menschenrechte angeschlossen, die in ihrem Protest offen erklärt, daß die gegen Sacco und Vanzetti erhobene Beschuldigung nur einen Vorwand bildet, um diese wegen ihrer anarchistischen Propaganda zu treffen. Daß sie nicht in Zusammenhang mit dem ihnen zur Last gelegten Mord gebracht werden könnten, geht schon daraus hervor, daß

Sacco und Banzetti vor Gericht nachweisen konnten, am Tage der Tat in Boston bzw. in Plymouth gewesen zu sein, während die Tat selbst sich in Dedham ereignete.

Der von der amerikanischen Regierung geplante Justizmord entspricht der ganzen grausamen Mordpraxis, mit welcher in Amerika seit langem und in den letzten Jahren in unglaublich erschwerter Weise alle politischen Kräfte und Bewegungen des Proletariats verfolgt werden.

Mit aller Kraft muß das Proletariat aller Länder ohne Unterschied der Partei gegen dieses Verbrechen protestieren und es vor der gesamten Welt als das brandmarken, was es ist!

### Horthy-Ungarn kann nicht fehlen!

Das weiße Ungarn kann sich natürlich die Palme der Justizmorde von Amerika nicht streitig machen lassen. Dort soll auch wieder einmal in diesen Tagen ein Mord in Form einer Justizaktion vollbracht werden.

Im Prozeß wegen der Ermordung Tisoas ist bekanntlich der liberale Journalist Paul Keri das Opfer geworden, an dem die Reaktion ihre Wut kühlen will, nachdem sie die Friedrich und Konsorten hat laufen lassen müssen. Er ist, obgleich ihm nicht die geringste Schuld nachgewiesen ist, zum Tode verurteilt worden. Das Urteil steht beispiellos sogar in der Geschichte der ungarischen Justiz. Die andern zum Tode verurteilten und zum Teil auch hingerichteten Revolutionäre haben die Tat, deren sie beschuldigt und derentwegen sie zum Tode verurteilt worden sind, ohne Zweifel beangeneht. Die Insamle der ungarischen Gerichte bestand darin, daß sie diese revolutionären, im staatlichen Auftrag vollzogenen Handlungen als gemeine Verbrechen erklärten und als solche aburteilten. Das Todesurteil gegen Paul Keri wurde aber nach einer Gerichtsverhandlung gefällt, die allen sonnenklar bewies, daß Keri mit der Tat gar nichts zu tun hatte. Seine Mitangeklagten, mit denen er in den Revolutionstagen gemeinsam vorging, Stephan Friedrich und Ladislaus Fennes, sind freigesprochen worden. Der See rast aber und will sein Opfer haben, und so verfiel das feste Gerüst auf den Ausweg, Keri zum Tode zu verurteilen, weil es wußte, daß sein Name an der Spitze der Ausrufung der ungarischen Freiheit steht, die nach dem mit Sowjetrußland geschlossenen Vertrag an dieses gegen dort festgebaltene kriegsgefangene ungarische Offiziere ausgeliefert werden mußten, und so ihm also gleich sein könne, ob er „nur“ mit einer Gefängnisstrafe von zwölf Jahren oder auch noch mit einem Todesurteil befohlen Horthy-Ungarn verlasse.

Am Mittwoch, dem 19. Oktober, hätte von Budapest der erste Transport der Auslieferungsfangenen abgehen sollen. Unter den Verurteilten, die mit der ersten Gruppe abgehen sollten, befanden sich der gewesene Volkskommissar Döcsak, der zu lebenslänglichem Zuchthaus, und Paul Keri, der zum Tode durch den Strang verurteilt wurde. Im letzten Augenblick wurde aber Paul Keri aus der Gruppe herausgeholt und in das Sammelgefängnis zurückgeführt, und zwar mit der Begründung, daß er nicht wegen eines politischen, sondern wegen eines gemeinen Verbrechens verurteilt wurde, und daß sich die Vereinbarung mit der Sowjetregierung auf ihn nicht erstrecke.

Diese Begründung ist ein frecher Versuch, den abgeschlossenen Vertrag zu brechen. Denn alle Revolutionäre, die an Rußland auszulieferen sind, werden von den fernen ungarischen Bürgern wegen angeblicher gemeiner Verbrechen verurteilt. Alle politischen Taten in der Revolution haben diese richterlichen Fenster Horthys für gemeine Verbrechen erklärt. Paul Keri steht also mit den andern durchaus auf gleichem Fuß. Man will ihn hängen, weil die mächtige Familie Tiso ihr Blutopfer haben will, und weil der aufrechte Mann sich weigert hat, gegen das Schandurteil Berufung einzulegen oder um Gnade zu bitten.

Die Ausführung des Verbrechens an Paul Keri muß und wird verhindert werden!

Restriktions will die ungarische Bände, die sich Regierung nennt, auch in andern Punkten den Vertrag mit Rußland brechen. Sie verpflichtet sich zur Auslieferung von vierhundert mit Namen genannten Gefangenen. Im letzten Augenblick erklärt sie aber, daß sie ungefähr hundert von diesen Randschmiedestücken nicht findet. Dies kann ein Vorwand sein, um die ganze Aktion zu sabotieren, aber es dürfte auch möglich sein, daß diese Ungläubigen in den ungarischen Gefängnissen mit den Methoden der Heßas und Bronau aus dem Wege geräumt wurden, und daß die Befehlshaber der ungarischen Regierung von dieser Tatsache in den Verhandlungen keine Erwähnung zu tun wollten.

Ungarn ist das Land der „Ordnung“, das Musterland, nach dem unsere Demokratien und anderen Monarchien sehnsuchtsvoll blicken!

Brüssel, 28. Oktober. (Savas.) Der sozialistische Parteitag hat einstimmig eine Tagesordnung angenommen, in der gegen das von dem amerikanischen Gericht gegen die italienischen Kommunisten Sacco und Banzetti ausgesprochene Todesurteil Protest erhoben wird.

### Die Lage in Ungarn.

Berlin, 26. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Kaiser Karl wird vorläufig in dem Benediktinerkloster Tihany interniert werden, bis Bestimmungen über seinen endgültigen Aufenthaltsort getroffen sind. Nach Ansicht ungarischer Politiker sind in Ungarn schwere innere Krisen zu erwarten. Das ganze Kabinett besteht bereits aus Rückträttern. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Horthy die Nationalversammlung auflösen wird.

### Mahnahmen der Horthy-Regierung.

Budapest, 25. Oktober. Der Reichsverweser Horthy richtete folgende Proklamation an die ungarische Nation:

Ungarn durchlebte entscheidende Stunden. Gewissenlose Individueen verführten den König Karl, so daß er zwecks Ausübung der Macht überraschenderweise nach Ungarn zurückkehrte, obwohl sie den drohenden Gefahren des Bürgerkriegs, fremder Besetzung und Vernichtung des Landes vorhersehen mußten. Auf die traditionelle Königskrone des ungarischen Volkes rechnend, sollten sie den Plan durch Überredung durchführen. Dank der freien Nationalarmee und der Mächtigkeits des ungarischen Volkes scheiterte der Plan, welcher für Ungarn verhängnisvoll hätte werden können. Diese der Irreführung lehrten auf die richtige Bahn der Pflichterfüllung zurück. Die Ausbrüche wärmsten Dankes und der Anerkennung allen denjenigen, die neben mir treu ausstehen und aushalten, um das Vaterland zu retten! Besondere Anerkennung gebührt der unmittelbar betroffenen Bevölkerung jenseits der Donau, die Ruhe und Mächtigkeits bewahrte, ebenso der Bevölkerung Budapests und namentlich der Arbeiterschaft, deren patriotische Haltung die Sicherheit und Ordnung in jeder Weise erleichterte. Ich bin überzeugt, daß unter der Einwirkung dieser Ereignisse alle Bürger des schwergeprüften Landes ihre Uneinigkeiten, persönlichen und Interessenverhältnisse zurückstellen und wie ein Mann das Interesse des Vaterlandes verteidigen werden.

Budapest, 25. Oktober. Die Regierung erteilt Haftbefehle gegen die Abgeordneten Stefan Friedrich, Ludwig Sillaghi und Georg Symecsnai, ferner gegen die Generäle Sorbath, Dehar, Graf Anton Stran, Borovicent, Oberst Both und Major Stjensburg. Sie sind des Aufruhrs angeklagt und zum Teil flüchtig. Sie sollen ohne Rücksicht auf das Immunitätsrecht festgenommen werden. Die Abgeordneten Friedrich und Sillaghi befinden sich bereits bei der Polizei in Gewahrsam. Dem Abgeordneten Symecsnai gelang es, als Geheimpolitiker ihn festnehmen wollten, durch das Fenster seiner Wohnung zu entkommen; er flüchtete im Automobil. Das ungarische Konz-Bureau meldet: Nach Zerstreung der

ausländischen Truppen sind Oberst Dehar und Major Stjensburg in Zivilkleidern geflüchtet.

### Doppelspiel Horthys?

Wien, 26. Oktober. (U. Verl. Börsenzeitung.) Die neue Unternehmung des Erzherzogs soll im vollen Einvernehmen mit dem Reichsverweser Horthy erfolgt sein. Es war angeblich vereinbart worden, daß Horthy nach dem Eintreffen Karls in Udenburg, widerstandslos weichen und Karl im Triumph in Budapest einzziehen sollte. Im geeigneten Moment soll jedoch Horthy wortbrüchig geworden sein.

### Die Haltung Oesterreichs.

Wien, 25. Oktober. Der Nationalrat behandelte in seiner heutigen Sitzung eine sozialdemokratische Antrage, worin die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um die Rechte und die Interessen der Republik Oesterreich angesichts der durch den Wuttsch Karls von Habsburg herbeigeführten mitteleuropäischen Krise zu wahren. Bundeskanzler Schöber stellte sich, daß er sofort alle jene Vorkehrungen getroffen habe, die ihm gelingend schienen, um den Bestand der Republik vor jeder Gefahr zu bewahren und die Grenzen zu sichern. Der Nationalrat nahm einstimmig einen Antrag an, in dem die Mitteilungen des Bundeskanzlers Schöber zur Kenntnis genommen und die von der Regierung getroffenen Maßnahmen gebilligt werden. Ferner wird an die Regierung das Ersuchen gerichtet, die Wehrmacht auszugestalten, die Intervention des Völkerbundes wegen Einführung des Millizsystems anzunehmen und in Verhandlungen mit den Mächten die Uebergabe des Burgenlandes und die eifrigste Durchführung der Entwaflung Ungarns zu verlangen. Der Antrag verlangt ferner eine genaue Untersuchung gegen österreichische Bürger, die an dem Restaurationsversuch in Ungarn beteiligt waren, und die Ausweisung bzw. Internierung ungarischer Bürger, die an dem Wuttsch in Ungarn mitgewirkt haben.

Wie die Neue Freie Presse von unterrichteter Seite erfährt, entsprechen die Meldungen, daß ein militärischer Aktion Oesterreichs in Westungarn beabsichtigt gewesen sei, in keiner Weise den Tatsachen. Der Regierung unabhingende Kreise sind überzeugt, daß die Lage für Oesterreich sich durch die Vorgänge in Ungarn günstig gestaltet habe und daß man sie durch ein militärisches Abenteuer eher gefährden würde.

### Ein Ultimatum der Kleinen Entente?

Belgrad, 26. Oktober. (U.) Es verlautet, die Kleine Entente werde den Text eines mit 48 Stunden befristeten Ultimatum zur Entferrnung Karls festlegen.

### Der Staatsstreich vor der Bolschawerkonferenz.

Paris, 25. Oktober. Die Bolschawerkonferenz wird morgen über die Ereignisse in Ungarn beraten. Sie wird in erster Linie über das russische Schicksal des ehemaligen Königs Karl zu entscheiden haben, dessen Absetzung und Verbannung mit Sicherheit zu erwarten ist.

Die Londoner Daily News rechnet mit der Möglichkeit, daß man Karl nach den Kanarischen Inseln bringen werde.

### Ausweisung der Karlschen Gefolgshaft.

Bern, 25. Oktober. (U.) Der Bundesrat hat am Dienstag beschlossen, das Gefolge des Erzherzogs Karl und diejenigen Mitglieder seiner Familie, deren Anwesenheit nicht unbedingt für die Erziehung der Kinder notwendig ist, aus der Schweiz auszuweisen.

### Putschvorbereitungen in Prag.

Prag, 25. Oktober. (U.) Wie der Korrespondent der Dena erfährt, ist die Regierung einer Legionärs-Verchwörung auf die Spur gekommen, die unter Führung des besetzten Generals Ganda stand. Ganda weilt zur Zeit in Paris. Die Verchwörer hatten die Absicht, am 28. Oktober, dem Jahrestag der Errichtung der Republik, die jetzige Regierung zu stürzen. Eine Reihe von Personen wurde festgenommen, nach kurzer Zeit jedoch wieder freigelassen. Die Angelegenheit wird hier mit der größten Geheimhaltung behandelt, auch in der hiesigen Presse ist bisher nichts bekanntgeworden. Mehrere hohe Staatsbeamte und Offiziere sind durch die Beteiligung an den Putschvorbereitungen Karl kompromittiert, und es dürfte daher zu wesentlichen Personalveränderungen in diesen Kreisen kommen. An amtlicher Stelle wird die Angelegenheit zunächst noch abgestritten.

### Die Münchner Putschisten in Tirol.

München, 26. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die angeblich aufstehenden Freiwillegenskompanien von München treiben immer noch ihr Unwesen. Gestern sind zwei Kompanieführer der Münchner Freiwillegigen nach Innsbruck gefahren, um dort mit den Tiroler Putschisten Beratungen abzuhalten. Es heißt, daß man in München und Innsbruck die phantastischen Putschpläne trotz des Scheitleragens des Haboburger Unternehmens in Ungarn noch nicht aufgegeben hat.

### Eine neue Hausuchung in der Zentrale der K. P. D.

Wie die Berliner Wälder mitteilen, wurde gestern auf Grund richterlichen Erwahens eine Durchsuchung in der Zentrale der kommunistischen Partei in Berlin durch Polizeibeamte vorgenommen. Hierbei versuchte der kommunistische Reichstagsabgeordnete Braß einem der Polizeibeamten ein Aktentück zu entreißen. Braß wurde deshalb wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten haben.

### Noch immer neue Todesopfer der Oppauer Katastrophe.

Nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. ist die Zahl der Toten von Oppau nach den letzten Meldungen der Zeitung der Badischen Anilin- und Sodafabriken in Ludwigshafen auf insgesamt 504 gestiegen, doch ist zu erwarten, daß mit dem Ableben einer Anzahl von Schwerverwundeten noch zu rechnen ist.

Der Klassenkampf wieder verboten. Aus Halle wird gemeldet: Die kommunistische Zeitung Klassenkampf ist wegen Vergehens gegen Paragraph 1 der Verordnung des Reichspräsidenten auf 14 Tage verboten worden.

### Gewerkschaftsbewegung.

#### Gefahren des Großbetriebs.

Die Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft G. m. b. H. Großschäfer als Knochenmühle.

Man schreibt uns: „Oppau hat gezeigt, wie der Gefahrengrad mit der Größe des Betriebs wächst, wenn nicht mit aller Energie vorbeugend gewirkt wird. Wohl existieren Unfallversicherungsordnungen, aber was nützen diese, selbst wenn sie reiflos befolgt werden, wenn das Antriebsvermögen soweit gefördert wird, daß ein Versagen und zugehörige Ueberladung nicht gedacht werden kann? Erst wenn die Arbeiterorganisationen so stark sind, daß sie den Antriebsvermögen ein Ende bereiten können, und wenn jeder einzelne Arbeiter sich der Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeiter bewusst wird, kann eine Aenderung eintreten.“

Die Allgemeine Transportanlagen-Gesellschaft in Leipzig-Großschäfer gehört zu den besonders unsanftemütigen Betrieben. In letzter Zeit sind dort nicht nur sehr viele schwere Unfälle zu verzeichnen, sondern auch eine Anzahl schwerere. Am 24. Oktober,

nachmittags, ist ein längerer Maler durch Umfallen eines Montagemaßes tödlich verunglückt. Im dem Lärm konnte dieser die ihm im letzten Moment zugerufenen Warnungsrufe nicht hören und der Maler schlug mit voller Gewalt dem unglücklichen Manne auf den Kopf. Die kapitalistische Prostitution föhrt sich an solchen Unfällen nicht. Der Mensch ist ja für sie nur da, um Gewinne zu erzielen. Jetzt geht man auf die Suche nach einem Sündenbock. Das man aber selbst erst durch die Treibereten und Terminisierungen den Boden bereitet dafür, daß in den Arbeitern ein überhitztes und deshalb weniger überlegtes Handeln hervorgerufen wird, bedenken die leitenden Persönlichkeiten nicht.

Vor einer Woche ist einem 20jährigen Arbeiter ein Bein zerhackert worden. Daraus sind Leute mit verbundenen Köpfen, Händen und andern Gliedmaßen, und die Arbeit des dort angestellten Sanitäters reißt nicht ab. Betrachtet man die gesamte Fabrikationseinrichtung, so nimmt es nicht wunder, daß so viele Unglücksfälle eintreten.

Ein Baufrat, dessen Bewegung im allgemeinen Lärm nicht zu hören ist, führt unbenutztes Material der Werkstatte zu und hoch fertiges zum Versandt heraus. Sehr oft kann man da die Beobachtung machen, daß im letzten Moment Arbeiter heranschwebenden schweren Eisenkonstruktionen und Einzelteilen ausweichen. Kein Signal macht die Arbeiter auf das Nahen aufmerksam. Wenn einmal auch hier ein Unglücksfall eintritt, wird man wieder einen Sündenbock suchen, und der Schuldiage ist doch nur die mangelhafte Organisation. Es wäre wahrhaftig angebracht, wenn die Betriebsleiter nicht lediglich im Interesse des Unternehmergewinns ihre Funktionen ausübten, sondern sich auch um das Wohl und Behe der Arbeitssklaven kümmern würden.

#### Weiter wird und dazu geschrieben:

Die Auslager der Arbeiter in der Abteilung bestätigen, daß als Grundübel das eingeführte Prämiensystem anzusehen ist. Durch das Hasen und Antreiben werden die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen außer acht gelassen.

Der Herr Gewerberat Stahlknecht, der zufällig bei dem tödlich verlaufenen Unfall zugegen war, äußerte sich, als er auf die nicht berücksichtigten Vorsichtsmaßnahmen aufmerksam gemacht wurde: „Wenn einer vom Rathaus kommt, ist er klüger, als wenn er hinaufgeht.“ Dieser Ausspruch des Herrn Gewerberat ist eine ganz deplacierte allgemeine Beleidigung. Nach Ansicht der Arbeiter hat die Gewerbeaufsicht die Pflicht, zu untersuchen, ob die vorgeschriebenen Schutzmaßnahmen in richtiger Weise angewendet werden. Andernfalls muß, ohne Rücksicht auf die Firma, Strafaktang gestellt werden.

Es zeigt sich im vorliegenden Falle, daß die Forderung der Arbeiterchaft: Anstellung von Gewerbeinspektoren aus Arbeiterkreisen dringend notwendig ist und immer von neuem erhoben und durchgeführt werden muß.

Der Betriebsleitung der Firma AIG. sind die Mißstände im Betrieb bekannt. Anstatt aber mit dem Betriebsrat für Abhilfe zu sorgen, legt sie großes Gewicht darauf, den Betriebsratsvorsitzenden durch heimliche Schikanen von der Ausübung seiner Rechte und Pflichten abzuhalten, damit er keine Zeit hat, die Uebelstände festzustellen und eventuell für Abhilfe einzutreten.

Allen Gewerkschaftsgenossen und Arbeitern ist zu empfehlen, bei Annahme von Arbeit besonders auf diese Firma zu achten.

### Vorstehender Kampf im Fleischerhandwerk.

Die Fleischerinnung hat den Schiedsspruch abgelehnt, sie will den Kampf. Der Zentralverband der Fleischer hat im Einverständnis mit dem Gewerkschaftsrat auf jeden einzelnen Unternehmer die Frage gerichtet, ob er sich für oder gegen den Schiedsspruch entscheiden will. Innerhalb einer Woche soll die Erklärung erfolgen. Der Innungspräsident hat nun nichts Giltigeres zu tun, als alle Fleischermeister zu warnen, ja den Vertrag nicht zu unterzeichnen. Dabei ging er soweit, zu sagen, kommt es zu einem Boykott, so werdet ihr unter allen Umständen von der Innung unterstützt, erkennt aber ein Fleischermeister den Schiedsspruch an, so werden alle Mittel angewandt werden, um diesem die Vorteile, die die Innung ihren Mitgliedern bietet, zu entziehen.

Die Fleischermeister werden sich nun entscheiden müssen. Folgen sie der Innung und lehnen die Forderungen der Gehilfen ab, dann bringen sie damit zum Ausdruck, daß sie auch die organisierte Arbeiterchaft nicht als Ruchdiage haben wollen. Daraus wird die Arbeiterchaft die notwendige Augenwendung ziehen.

#### Zentralverband der Fleischer.

Der schrittweise Metallarbeiterstreik geht weiter. Die Arbeiterchaft hat die gänzlich unzureichenden Angebote der Unternehmer abgelehnt.

### Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsvertrags für den Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangehörten mitteilt, ist die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsvertrages vom 20. Juli 1921 für das deutsche Bankgewerbe durch den Reichsarbeitsminister unter dem Datum des 15. Oktober ausgeschrieben worden. Die Verbindlichkeitsklärung erstreckt sich eintwickeln nur auf die Angestellten der Kreditbanken und der privaten Bankärschäfte. Ausgeschlossen sind die Reichsbank und die Barische Notenbank. Die Aushebung der Verbindlichkeitsklärung auf gewerbliche Kreditgenossenschaften hat sich der Reichsarbeitsminister vorbehalten. Ausgenommen sind ferner auch diejenigen oberen Angestellten, für welche ein besonderer Tarifvertrag besteht.

### Der nordfranzösische Textilarbeiterstreik beendet.

Der Streik der Textilarbeiter in Lille ist zu Ende gegangen. Savas berichtet, der Unternehmerverband habe im wesentlichen folgende Bedingungen angenommen: Die Arbeiter nehmen mit einer zeitweisen Herabsetzung des Stundenlohnes um 10 Centimes die Arbeit wieder auf. Diese Herabsetzung bleibt in Kraft, solange der Teuerungskoeffizient unter 250 liegt. Wenn der Koeffizient diese Ziffer übersteigt, so soll der Stundenlohn wieder erhöht werden. Die seit zwölf Wochen ausstehenden Bauarbeiter von Tourcoing haben die Arbeit wieder aufgenommen auf Grund einer Abmachung, nach der bis zu einer neuen Regelung die Zulöhne in Kraft bleiben.

### Der Stand der Valuta.

Es kosteten in Berlin	1.7.14			24.10.21	25.10.21
	Markt				
1 amerikanischer Dollar	4.12	167.53		165.33	
1 englisches Pfund Sterling	20.43	659.30		656.80	
100 holländische Gulden	169.00	5444.35		5730.20	
100 schwedische Kronen	112.50	3876.10		3866.10	
100 Schweizer Franken	51.00	3401.90		3021.95	
100 französische Franken	51.00	1109.75		1198.50	
100 belgische Franken	51.00	1196.30		1180.30	
100 italienische Lire	51.00	659.30		644.35	
100 deutsche Österreich. Kronen	85.00	8.78		8.28	
100 tschecho-slowlakische Kronen	—	174.80		169.30	
100 ungarische Kronen	—	20.47		22.97	

#### Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freitag in Leipzig.

#### Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Müller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

### Spurlos verschwunden

sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Punkte, Pickeln, Gesichtsröthe, Blüthen usw. durch täg. Gebrauch der allein echten **Stedenpferd - Teerschröfel-Seife** von Bergmann & Co., Radobou. Überall zu haben.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.



Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with weather data for Leipzig, including temperature, wind direction, and precipitation for October 25th and 26th.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 26. Oktober.

Parteiangenheiten.

Frauen-Agitationskommission und Funktionärinnen Groß-Leipzigs. Freitag, den 28. Oktober, abends 1/8 Uhr im Volkshaus.

Kartelldelegierte. Donnerstag, den 27. Oktober 1921, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Kartellversammlung.

Lüge und Hege in den städtischen Krankenhäusern.

Als die sozialistischen Parteien des Stadtverordnetenkollegiums die Gehälter der Krankenhauspastoren ablehnten, erhob sich im bürgerlichen Lager ein Geschrei.

weisen Vertreter der Arbeiterkassen — und das ist die U.S.P. — wesentlich verstärkt wird.

Unser ehemaliger „Landesvater“ in Leipzig.

„Den König segne Gott, den er zum Heil uns gab, ihn segne Gott!“ Lang, lang ist's her, daß uns dieses blöde Zeug in der — Volksschule eingetrichtert wurde.

Die Wahlen kosten viel Geld! Sammelt Wahlpulver!

Chrenkompanie und was sonst noch dazu gehörte, das ganze umgab. Schade, es war einmal!

Die erste öffentliche Wählerversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratie

fand gestern abend im Volkshaus statt. Die Versammlung war gut besucht. Genosse Plottke sprach unter größter Aufmerksamkeit in klarer eingehender Weise über die Tätigkeit der Stadtverordnetenfraktion.

Aufklärungs- und Propagandastimme.

Das Arbeiterbildungsinstitut veranstaltet in diesen Tagen Probeführungen von Aufklärungsfilm für Betriebsräte, Gewerkschaftsvorstände, Elternräte und für die Lehrerschaft.

leben fremder Völkerstämme sowie über die drahtlose Telegraphie gesagt, die hohen Wert haben. Was wissen zum Beispiel heute die meisten Menschen von der drahtlosen Telegraphie?

Nur 38 Prozent der Wähler haben die Listen eingesehen. Nach den Feststellungen des Wahlamtes haben von den Wählern nur 164 975 die Listen eingesehen.

Der Konsumverein U. Waagwitz u. Umg. hält vom 26. Oktober bis 3. November (siehe Inserat) sechs Mitgliederversammlungen ab.

Der Bürgerausschuß auf Schleichpfaden. Man schreibt uns: Am vergangenen Sonntag hat ein besserer Herr bei mir um Einlass in sein Haus gebittet.

Der Rote Lügenkurier bringt auch am 26. Oktober die bei ihm täglich fällige Lüge gegen die U.S.P.

Die Wäsche- und Wäpfpresse. Infolge der fortgesetzten Steigerung der Materialen und sonstigen Betriebskosten erhöht die Hälfte des Koffers war voll.

„Frühzeit“. Ein Proleten-Autobiographie. Von Oskar Maria Graf. Nachdruck verboten.

Kleine Chronik.

Schauspielhaus (Die Hölle). Dieses bürgerliche Lustspiel ist mehr eine satirische Komödie. Zum Lustspielmacher steht Sternheim der überlegene Humor; er muß aus seiner Natur heraus Karikaturen zeichnen.

Als die Opfer von Dwan. Die Antischauphantomschicht schreibe uns die Anfang Oktober von insgesamt der Betrag von 66,900,000 M. als Spende für die Geschädigten in Dwan in den verschiedenen Sammelstellen eingegangen, davon sind 65,000,000 M. an die Reichsbankhauptstelle zur Weiterleitung an den Reichshilfsausschuß in Berlin überwiehen worden. Die Sammlung selbst wird fortgesetzt und das Selbstergebnis in nächster Zeit bekannt.

An alle Kreise, die Spenden bis jetzt noch nicht überwiesen haben, ersucht die dringende Bitte, auch ihrerseits auf künftigen Wege dazu beizutragen, daß das unehrenbare Elend gelindert wird. Spenden an den Reichshilfsausschuß in Leipzig: Reichshilfsausschuß, Postfach 14, Leipziger Finanzamt, Leipzig, Postfach 58736.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt, Leipzig, Brühl 75/77. Konto: Leipziger Finanzamt, Postfach 58736. Dresden: Paul in Leipzig, Leipzig, Goethestr. 3/5. Commerz- und Privatbank, Leipzig, Schillerstr. 6. Bankhaus A. Lieberoth, Leipzig, Brühl 7/9. Leipziger Neueste Nachrichten, Postfach Leipzig Nr. 425.

Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Spenden, ganz gleich, wohin sie überwiesen werden, im Gesamtergebnis an den Reichshilfsausschuß nach Berlin abgeführt werden. Der Leipziger Hilfsausschuß, dem außer den Angehörigen des Leipziger Finanzamtes die Herren Reichshauptmann Vante, Amtshauptmann Rüchel und Oberbürgermeister Dr. Kötke angehören, rechnet auf den Opfersinn der gesamten Bevölkerung und bittet erneut, weitere Spenden möglichst umgehend an die genannten Einzugsstellen zu überweisen.

Bibliothekare, die mit dem neuen technischen Einheitsmaterial nach nicht ganz verkannt sind, erhalten Anleitung in der Zentralbibliothek, Volkshaus, Saalbau rechts, in der Zeit von 9 1/2 bis 11 1/2 Uhr abends und Mittwochs, nachmittags 3 bis 6 Uhr.

Die Post am Reformationstag. Am 31. Oktober (Reformationstag) sind die Postämter wie am Sonntag geöffnet. Die Orts- und Landbriefbestellung erfolgt ebenfalls wie am Sonntag mit der Maßgabe, daß in Postorten auch Wertsendungen und Pakete zur Abtragung gelangen.

Deffnungszeiten der Markthalle. Der vorgedachten Jahreszeit wegen und aus Gründen der Lichterparnis wird vom 1. November d. J. ab die Markthalle Montags bis Freitags um 7 und Sonntags um 11 Uhr vormittags geöffnet.

Sozialistische Proletarierjugend V. Ost. Alle, die sich an der Agitationsschicht nach Möglichst beteiligen, müssen bestimmt Donnerstags, 1/8 Uhr, im Heim erscheinen.

Lebensmittelliste für Donnerstag, den 27. Oktober.

Für Haushaltungen. Ausgabe: Hammelfleisch (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegsinvalide auf sämtliche vom Orzamt für Kriegserfordernisse ausgewählte Bezugsarten; Buchstaben S von 9-3 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauspiel, rechts 1. Tr. Fund 5.20 M. Es erhalten bis zu 3 Köpfe 2 Pfund, 3 und mehr Köpfe 3 Pfund Fleisch. Papier mitbringen!

Für Händler. Nahrungsmittel für Kinder bis zu 2 Jahren: Bezugscheinentnahme.

Polizeinachtichten.

Zeugen gesucht. Am 21. d. M., mittags gegen 1/11 Uhr, ist auf der mittleren Fahstraße des Augustusplatzes eine 25jährige Wäscherin von einem Radfahrer angegriffen und verletzt worden, so daß ihre Ueberführung in das Krankenhaus sich nötig machte. Da noch weitere Erörterungen notwendig sind, um die Schuldfrage festzustellen, werden diejenigen Personen, die genaue Angaben über den Hergang des Unfalls machen können, gebeten, sich möglichst sofort bei der Kriminalabteilung zu melden.

Eine frühe Gefahrung machte am 19. d. M. früh 1/4 Uhr ein Kraftdrolakenführer, der um diese Zeit einen etwa 22jährigen Straßenkumpel aus nach U. Kleinschöder, Ecke Mitteltr. Straße gefahren hatte. Als der Drolakenführer den Fahrpreis forderte, wurde er von dem Straßenkumpel ohne jede Veranlassung mehrere Male in der Gesicht geschlagen, worauf dieser eilends die Flucht ergriff und selber trotz der sofortigen Verfolgung in der Dunkelheit entkommen ist. Er hat in der Drolake eine Handtasche zurückgelassen, in der sich u. a. ein weißes, W. K. gezeichnetes Handtuch und zwei weiße Umlegekarten, eine davon mit einer Handtasche sowie zwei Strumpfriemen befanden. Beschrieben wird der Täter als etwa 1 7/8 Meter groß, untere, stark rasiert und als ein armer Militärliege und brauner Sportmütze bekleidet gewesen. Er wäre sehr erwünscht, diesen Betrüger zur Rechenschaft ziehen zu können. Angaben zur Sache werden schnellstens an die Kriminalabteilung oder die nächste Polizeiwache erbeten.

Ein alter Trick! Vor einigen Tagen ist der Inhaber einer hiesigen Feinbäckerei von einem unbekanntem Mann um einen größeren Geldbetrag betrogen worden. Der Mann war in dem Geschäftstotal des Geschädigten erschienen, hatte sich als Student ausgegeben und seinem einen großen Koffer mit einem verhältnismäßig niedrigen Preise angeboten. Da die Bäckerei in der Unperspektive stehen sollte, wurde ein Verhinderung beauftragt. Sie dort in Empfang zu nehmen und dann loszulegen zu bezahlen. Hier hat es der Schwindler verstanden, dem Verhinderung den mitgegebenen Geldbetrag unter einem gläubig klingenden Vorwand abzulassen. Darauf ist er lautlos verschwunden. Er wird beschrieben: etwa 30 Jahre alt, ungefähr 1 7/8 m groß, dunkles Haar, kleiner dunkler Schnurrbart, bekleidet war er mit grün gezeichnetem Jackentanzug und trug eine Kiste schwarze Hornschuhe. Bei etwaigem Wiederauftreten veranlaßt man seine Festnahme. Sądähnliche Wahrnehmungen teile man der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mit.

Salz hat Margarine! Der Inhaber eines Lebensmittelgeschäftes in U. Gohlis hatte vor einigen Tagen bei einem angeblichen R. Koch eine Kiste Margarine bestellt, die ihm auch noch an demselben Tage geliefert wurde. Die Ueberbringerin, ein etwa

18jähriges Mädchen, teile dem Geschäftsmann gleichzeitig die quittierte Rechnung vor, die er in gutem Glauben, daß die Sache vollständig in Ordnung sei, auch loslich begeben. Kurz danach öffnete er die Kiste und gewahrte nun zu seinem nicht geringen Schrecken, daß er betrogen worden war, da die Kiste in der Hauptsache nur Salz enthielt. Nur obenau war eine etwa 5 cm dicke Schicht mit weißlicher Margarine ausgefüllt. Der Betrüger, der angeblich hatte, in der Eisenbahnstraße zu wohnen, war 28-30 Jahre alt, etwa 1 65 m groß, hatte schwarzhaariges, wirres Haar, schwarze Augen, blaues Gesicht, war schlaff und hatte jüdisches Aussehen. Sollte er erneut auftreten, veranlaßt man seine Festnahme. Bei etwaigem Verdacht benachrichtige man schnellstens die Kriminalabteilung oder die nächste Polizeiwache. Da die Wichtigkeit besteht, daß die Botin in völliger Unkenntnis der Sachlage gehandelt hat, wird diese gebeten, sich umgehend zu melden.

Ein Radfahrer ungeriffen und schwerverletzt wurde am 24. d. M. nachmittags gegen 4 Uhr in der Karl-Brüne-Straße in U. Ploaich ein in U. Schönfeld wohnender Arbeitshilfe. Er blieb bewußtlos liegen und wurde in diesem Zustand nach dem Krankenhaus St. Georga gebracht. Nach Zeugnisaussagen soll der Verletzte selbst Schuld an dem Unfall sein, doch wird die eingeleitete polizeiliche Untersuchung völlige Aufklärung schaffen.

Aus der Umgebung.

Die Vertreterwahl der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leipzig-Land finden am 7. Dezember statt. Zu wählen haben Arbeitgeber und Beschäftigte.

Böbling-Ehrenberg, Sonntag, den 30. Oktober, von 10 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., findet die Gemeinderatswahl in der Schule statt. Die Wähler mit den Anfangsbuchstaben A-I, wählen im Zimmer Nr. 6, von M-Z im Zimmer Nr. 6. Es ist Pflicht einer jeden Genossin und eines jeden Genossen, welche Kinder in die Schule schicken, zur Wahl zu gehen und die Liste der U. S. V. D. Madschke-Lange, zu wählen.

ci. Holzhausen, Gemeinderatsbericht. Der Gemeinde ist ein Entwurf über die Vermögenssteuer zugegangen, der eine reichsgesetzliche Regelung vorsieht. Um eine neue Steuerordnung ausgearbeitet, erfolgt Ueberweisung an den Finanzausschuß. In Sachen Treppeneinstufung wird beschossen, daß der Eintritt der Dunkelheit an bis 8 Uhr abends alle Treppen und Vorplätze zu beleuchten sind. Alle Hausbesitzer und sonstigen Grundstückseigentümer sind gehalten, sich streng nach diesen Vorschriften zu richten. Auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter wird der Wohnungsausschuß um zwei Mitglieder vergrößert. Gewählt werden die Herren Böbling und Donner. Der Termin zur Gemeinderatswahl wird auf den 20. November festgelegt. Die Wahlzeit geht von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Die Frage der Wasser- und Gasversorgung wird bis ins neue Jahr zurückgeschoben. Vom Finanzausschuß wird dem Kollegium vorgeschlagen, die Ausgleichulage an die Gemeindebeamten und Gemeindearbeiter zu bewilligen. Für das laufende Geschäftsjahr beträgt der Mehraufwand rund 15 000 M. Nach langer Debatte erfolgt einstimmige Annahme des Antrags. Das Bekleidungs-geld für den Wachmeister Kühne wird gegen vier Stimmen abgelehnt, da die Mehrheit des Gemeinderats auf dem Standpunkt steht, daß eine außerordentliche Umkleung der Uniform nicht vorliegt. Ebenso liegt zum Tragen der Uniform kein Zwang vor. Die in der vorhergegangenen Sitzung ausgesprochene Berufsmöglichkeit des Gemeindeforstandes gilt ab 1. Januar 1913. Das Nebenamt der Feiler- und Trichselnhan, das vom Gemeindeforstand auch fernerhin auf Widerruf ausgeübt wird, bewilligt das Kollegium unter der Bedingung, daß die Einnahmen, die den Betrag von 5000 M. übersteigen, in die Gemeindefasse fließen. Die Firma Karl Krause beabsichtigt, im nächsten Jahr in unserm Ort mehrere Häuser zu errichten. In Anbetracht der hier herrschenden Wohnungsnot kann dies nur begrüßt werden. Es sollen jedoch speziell Arbeiter der Firma Krause diese Wohnungen beziehen, da auch in unserm Ort mehrere Arbeiter dieser Firma wohnen. Die Schwierigkeit der Kartoffelversorgung wird unter den jetzt obwaltenden Zuständen anerkannt. Der Gemeindeforstand wird jedoch nichts unersucht lassen, die Einfuhr eines Postens von Kartoffeln zu ermöglichen.

Holzhausen-Zudelhäusen. Die Gemeinderatswahlen für unsere beiden Orte finden am 20. November statt. Für Holzhausen liegen die Wahlergebnisse im Gemeindefortschrittsamt aus bis 30. Oktober. Gewählt wird von 9 bis 6 Uhr. In Zudelhäusen liegen die Wahlergebnisse zur Einsicht im Gemeindefortschrittsamt vom 1. bis 8. November. Gewählt wird von 9 bis 6 Uhr. Verträge kein Wähler, die Wahlergebnisse einzusehen. Nur wer in der Liste steht, darf wählen. Für Holzhausen kann außerdem die Wahlergebnisse eingesehen werden bei den Gemeindevertretern Kloy und Belagert, für Zudelhäusen im Konsumverein.

Geithra. Die Neuwahlen zum hiesigen Gemeinderat finden am 4. Dezember von vormittags 10 bis nachmittags 5 Uhr statt.

p. Schteuditz, Diebstahl in der Oberpfarre. In der Nacht zum Sonnabend ist bei dem Superintendenten Kamin eingebrochen worden. Gestohlen wurde ein Unterbett und zwei Kopfkissen. Die Diebe sind verhältnismäßig anständig verfahren und haben nur genommen, was sie lebensfalls sehr notwendig brauchen. In demselben Raume standen unter anderem zwei Betten und ein Schreibtisch. Im Schreibtische waren mehrere Hundert Mark Geld aufbewahrt. Soweit festgestellt werden ist, fehlte außer den Betten nichts. Sogar die Bezüge der Kopfkissen haben sie zurückgelassen. Die Diebe haben jedenfalls gewünscht, daß die Betten nicht unbedingt nötig gebraucht würden, sie aber kein weiches Fleddchen hatten, wo sie ihr Haupt hinlegen konnten.

p. Schteuditz, Partei mit Gliederversammlung. Den Kassendbericht vom 1. Quartal erstattete der Genosse Köhde. Die Einnahmen betrugen 3207.66 M., die Ausgaben 2644.70 M., so daß ein Kassendbestand von 622.96 M. verbleibt. Der Mitgliederbestand beträgt 354 männliche, 121 weibliche, zusammen 505.

die sich als Zimmerherren bei Mastes einmieten, ein recht lustiges Abenteur. Sternheim hat hier seiner satirischen Laune sozuzunehmen behaglich die Flügel schlagen lassen. Welt mast er uns das sogenannte Ehepaar des biedereren Spielers, des deutschen Mannes, der seine verschleierte Schelie mit Knappverfühltheit und weniger knapper Fresse behandelt. Recht lustig sind auch die beiden Kavaliers des Mannes gezeichnet, der schwärmende Barbierjüngling, der in der Belorgnis um seine gute Gesundheit seine Leidenschaft für die Frau des Hauses schnell vergißt und der in Worten schwelgende Redner, dem die schriftliche Fixierung seiner erhabenen Liebesgefühle und ihrer Wirkung auf das Objekt wichtiger ist, als der Besitz und die Verehrung dieses Objektes. Die arme kleine Frau Luise, die in den Armen dieses Worthelden die Trübsal der Liebe zu finden glaubt, dem die schriftliche Fixierung seiner erhabenen Liebesgefühle und ihrer Wirkung auf das Objekt wichtiger ist, als der Besitz und die Verehrung dieses Objektes. Die arme kleine Frau Luise, die in den Armen dieses Worthelden die Trübsal der Liebe zu finden glaubt, dem die schriftliche Fixierung seiner erhabenen Liebesgefühle und ihrer Wirkung auf das Objekt wichtiger ist, als der Besitz und die Verehrung dieses Objektes.

Die Aufführung war recht gut. Otto Werther stellte einen Streifer auf die Beine, der einen Kugel machen konnte. Grete Doepelbus gab dem vertäpterten und ein wenig lästernen Beamtenstraußen packende Folge. Ein Kabinettstück schuf wieder Stella David in ihrer Geruch Deuter; sie wußte diese verblühende Jungfrau, bei der der unbefriedigte Trieb zum Manne sich in die Luft an Kuppelbüchsen umsetzt und die schließlich von dem biedereren Theobald doch noch erlöst wird, in Lebensnähe zu gestalten. Otto Stempel als schwaßer Redner und Bernhard Wildenhain als stammelnder Friseurgeistliche waren ganz amüsant. Der Vorklang war recht angeregt und der Dichter konnte ihn am Schlusse dankend entgegennehmen, wobei er freilich auch einige Zähler in Kauf nehmen mußte.

Gewandhauskonzert. Gesund und munter ist Meister Dr. H. H. v. Südamerika zurückgekehrt. Er eröffnete die Gewandhauskonzerte mit Werken, die dem Musikliebenden gut bekannt sind.

Les Preludes, von Liszt, Einleitung zum 3. Akt Königstunder, von E. Humperdinck (zu Ehren seines Todesstages) und die 2. Sinfonie in D-Dur, Op. 73, von Johannes Brahms. Ich kann es mir eriparen, auf die Werke näher einzugehen, da sie schon oft in solch unbübbelwürdiger Weise von Musik- und seinen Getreuen gespielt worden sind. Doch die D-Dur-Sinfonie von Joh. Brahms möchte ich nicht mit Stillwürdeln übergehen. Ich habe sie noch nie in solcher Reibensvollendung gehört. Es war ein sich-selbst-über-treffend! Frau Grete Stückgold (München) besitzt einen weichen, ausgeprägten Sopran, der viel Zauber in sich birgt, aber doch im Vortrag die innere Wärme vermissen läßt. Besonders bemerkbar machte sich das bei den Liedern von H. Wolf und R. Strauß. Im Rezitativ und Kavatine der Verlor aus der Oper Die Verlorenen von G. Bizet war der Vortrag schon besser. Um eines möchte man Frau Stückgold bitten: wo eine Brahms-Sinfonie gespielt wird, keine Zugaben zu wählen, die wohl in einem kleineren Verein, aber nicht an solcher Kunststätte am Platze sind.

Liederabend. Fräulein Milba Hornidel, die wir als Konzertsängerin hochschätzen, machte selber einen Festtritt, indem sie einen ganzen Schumann-Abend gab. Troddem die Künstlerin wieder gewöhnt hatte, die man selten hört, so war doch die Zusammenstellung nicht abwechslungsreich genug, und wirkte ein wenig ermüddend. Die zwölf Lieder, die ich mir anhörte (im ganzen waren es Siebzehn), lang Fräulein Hornidel mit prächtlichem Vortrag außerordentlich gelangen ihr Die Meersee. Er ist's, Meine Rose. Die Kartenlegerin. Da hat sie den großen Romantiker richtig erfasst. Ueber die Klavierbegleitung des Herrn Otto Volkmann braucht man nicht viel zu sagen, er ist ein ganzer Mann.

Zweites Klavierkonzert. Sonntagskonzert. Den Programmpreis von 1.50 Mark hatte man beibehalten, war das vielleicht für den wiederholten Artikel Hausmusik? Wir müssen nochmals stark betonen, daß solche Preise Gedächtnis sind. Doch ist es vielleicht ein überlegter Trick? Man läßt die Leute billig herein und überläßt sie hinterher, um der Sache aufzuhelfen? Das wäre eine Methode, die wir auf alle Fälle bekämpfen müssen. Fräulein Käthe Heinemann (Klavier) ging in dem Amos-Konzert für Klavier und Orchester von Ed. Grieg mit ihrem Temperament zu sehr durch, ihr Spiel neigt etwas zur Kraftmeierei und auch

Der Genosse Wildels-Keppig referierte über die vorliegende Lage unter Berücksichtigung der oberflächlichen Frage. Klar und allgemein verständlich, unter Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse, zeichnete er ein Bild der jetzigen politischen Zustände. Die Arbeiterklasse betrachte die Rosellung Oberflächens vom Reich von ganz anderen Gesichtspunkten als die Kapitalistenklasse. Für diese kommt nur die ständige Vermehrung des Kapitals in Frage und dies ist international. Sie versuchen aber dies zu verdecken durch nationalstischen Rummel. Für die Arbeiterklasse ist es klar, daß mit nationaler Geste nichts zu machen ist. Lebhaftes Bravo wurde seinen Ausführungen gesollt. Es ist nur bedauerlich, daß die Versammlungen mäßig besucht werden.

Der Genosse Behold erstattete den Bericht von der Kreisgeneralversammlung und der Genosse Schöbe den von der Bezirkskonferenz. Beide Berichte sind schon in der Presse erschienen. Besonders wurde die aufopfernde Tätigkeit der Leipziger und Markbrandstädter Genossen bei der Agitation in unserm Kreise und Bezirke von beiden Berichtserstattern lobend anerkannt. Unter Berücksichtigung regte die Genossin Hilber an, die Frauenleseabende wieder ins Leben zu rufen. Bei der Bedeutung, die die Frau im öffentlichen Leben hat — es sei nur an den Ausfall der Wahlen erinnert — wären Lesabende zu begrüßen. Es wurde gewünscht, daß sich die Genossinnen zahlreich daran beteiligen.

Sächsische Angelegenheiten.

Mahnahmen gegen die Kartoffeln.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei teilt mit: „Auf Anregung des Wirtschaftsministeriums ist beim Landesökonomrat eine Preisnotierungskommission gebildet worden, deren Aufgabe es ist, auf Einhaltung angemessener Kartoffelpreise hinzuwirken. Sie ermittelt zu diesem Zweck die Preise, die nach übereinstimmender Meinung der in ihr sitzenden Vertreter der Erzeuger, Händler und Verbraucher die angemessenen Erzeugerpreise sind. Diese Preisnotierungen haben jedoch selber die erstrebte Wirkung nicht gehabt. Besonders sind es außersächsische Käufer, die den Landwirten jedes Maß übersteigende Preise bieten und hierdurch die Kartoffeln unangemessen verteuern und außerdem noch beträchtliche Mengen Kartoffeln dem Lande entziehen. Das Wirtschaftsministerium hat sich deshalb zur sofortigen schwerwiegenden Bedenken nunmehr veranlaßt gesehen, die Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zu erlangen.“

Erlaß eines Verbots der Kartoffelzufuhr aus Sachsen.

Am 23. Oktober ist ein Verbot erlassen, daß daraufhin Ueber-schuhländer ein gleiches Verbot erlassen, hat es zugleich gebeten, etwa für Ueber-schuhgebiete beantragte Genehmigungen von Ausfuhrverboten nicht zu erteilen. Weiter hat es den Reichsernährungsminister ersucht zu veranlassen, daß im ganzen Reich solchen Händlern, die dem Landwirt unangemessen hohe Preise bieten oder zahlen, sofort der Handel mit Kartoffeln untersagt wird. Endlich hat es seiner Verwaltung unterliegenden Staatsglitern den Verkauf von Kartoffeln nach außersächsischen Gebieten untersagt. Die Güter sollen ihre Kartoffeln vorzugsweise an Genossenschaften abgeben und sich beim Verkauf an die Preise halten, die die Preisnotierungskommission des Landesökonomrats jeweils festsetzt. Das Recht, Zwangsmahnahmen zugunsten der Käufer zu treffen, steht dem Wirtschaftsministerium zur Zeit selber nicht zu.

Am nächsten Donnerstag findet eine Konferenz der Ernährungsminister aller Länder statt, auf deren Tagesordnung die Kartoffelfrage an erster Stelle steht. Die dort fallenden Entscheidungen müssen abgewartet werden, ehe die Landesregierungen im Besitz von Vollmachten sind, die es ihnen ermöglichen, zugunsten der Verbraucher einzugreifen.

Die sächsischen Antischauphantomschaften sind erneut erinnert worden, daß bezirksweise Ausfuhrverbote unzulässig sind. Die Verbraucher müssen es unterlassen, ihre Behörden zu solchen Ausfuhrverboten zu drängen, weil sonst nur andere Verbraucher in schwere Not gebracht werden.“

Die kirchliche Opposition.

Der neue sächsische Bischof scheint das Bestreben zu haben, der sächsischen Bevölkerung an einem Beispiel seine Notwendigkeit zu beweisen. Die bürgerliche Presse weiß über die Tätigkeit und die Bestrebungen dieses Herrn zu melden:

Anlässlich der Anwesenheit des neuen Bischofs Dr. Schreiber in Leipzig war auch ein Besuch der katholischen Schulen und damit verbunden die übliche Religionsprüfung vorgesehen. Wie die Sächsische Volkszeitung gemeldet hat, daraufhin Kultusminister Fleißner dem Bischof den Besuch der katholischen Schulen und die Abhaltung der Religionsprüfungen verboten. Daraufhin hat der Zentrumsabgeordnete Heßlein im sächsischen Landtag eine Anfrage eingebracht, wie die sächsische Regierung dieses Verbot mit Art. 140 der Reichsverfassung, wonach der Religionsunterricht in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der bestehenden Religionsgesellschaft erteilt wird, in Einklang zu bringen gedenkt.“

Der neue Bischof ist erst vor kurzem nach Sachsen gekommen, und man könnte seine Unkenntnis der sächsischen Verhältnisse immerhin als Milderungsgrund für seine Opposition gelten lassen, obwohl auch er schließlich wissen mußte, daß der Artikel 140 der Reichsverfassung mit der Frage der Schulpflicht nichts zu tun hat. Wenn aber Herr Heßlein, der als Landtagsabgeordneter die Pflicht hat, sich mit den sächsischen Gesetzen etwas näher ver-

traut zu machen, den Mut findet, wegen der Bronchitis durch den Bischof die Regierung noch zur Verantwortung zu ziehen, so ist das, gelinde gesagt, eine Dreistigkeit, auf die ihm im Landtag die gebührende Antwort erfolgen wird.

**Für die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.**

Wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz von zuständiger Stelle erzählt, hat die sächsische Regierung angesichts der Verteuerung der Lebenshaltung bei der Reichsregierung die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 50 Prozent beantragt. Die beiden sozialistischen Parteien Sachsens haben bekanntlich gemeinsame Anträge in gleicher Richtung im sächsischen Landtag eingebracht.

**Ein „brauchbarer“ Gemeindevorstand.**

In der Dresdner Volkszeitung lesen wir: „Dah die Gemeindevorstände befristet, scheint dem Gemeindevorstand von Jahnhäusern bei Großenhain, einem Dorf mit 150 Einwohnern, bewußt geworden zu sein. Über davon scheint bis zu seinem idyllischen Dorf keine Kunde gedrungen zu sein, daß vor drei Jahren in Deutschland etwas wie eine Revolution war, die den ganzen Wust der Stände-, Geld- und Klassenvorrechte mit förmlicher Wucht weglegte. Möglich auch, daß er eine alte Amtsmappe sah und bürokratisch gewissenhaft ab schrieb oder ab schreiben ließ, was er da vorgelesen fand. So ließ er denn die Gemeindevorstände ausscheiden, daß sechs Kandidaten zu wählen seien, davon 2, die über 50 Steuereinheiten, 2, die unter 50 Steuereinheiten, und 2, die keinen Grundbesitz haben.“

**Bürgerliche Obstruktion im Stadtparlament.**

Aus Meisa berichtet die Weizner Volkszeitung: Die für Dienstagabend einberufene Stadtverordnetenversammlung wurde durch Obstruktion der neun bürgerlichen Stadtverordneten unmöglich gemacht. Durch ein Schreiben an den Stadtverordnetenpräsidenten, der dies zur Kenntnis gab, wurde die Stellungnahme der bürgerlichen Fraktion damit begründet, daß die sozialdemokratische Fraktion das demokratische Prinzip nicht gewahrt habe, was sie bei den Wahlen versprochen haben soll. Der Antrag zur Beigerung des weiteren Mitarbeitens seitens der bürgerlichen Fraktion im dem Parlament ist folgender: In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden die Vertreter zum Sächsischen Gemeindefest nach Chemnitz gewählt. Der Rat entsandte einen Vertreter (Bürgermeister), das Kollegium zwei Vertreter. Die Rechte (die durch den Bürgermeister vertreten war) beantragte für ihre Fraktion einen weiteren Vertreter für das Stadtverordnetenkollegium. Die Wahl ergab jedoch, daß ein Vertreter der SPD-Fraktion und ein Vertreter der USF-Fraktion vom Kollegium zu dieser Tagung entsandt wurde. Ein Sprecher der Rechte machte seinem Herzen ob dieses Verhaltens die unsterk. In dem er Vorwürfe gegen die Linke erhob, die von einem unser Genossen gebührend zurückgewiesen wurden. Das ist der Grund der Obstruktion dieser Herren. Die Sitzung konnte nicht stattfinden, obwohl wichtige Punkte zur Beratung standen.“

In Meisa bespricht im Stadtparlament eine sozialistische Mehrheit. Wenn zwei Sozialisten und ein Bürgerlicher bestimmt wurden, so entspricht das also durchaus den Mehrheitsverhältnissen und dem demokratischen Prinzip. Das kennzeichnet die Unverschämtheit der bürgerlichen Forderung und ihr Interesse für das Gemeinwohl.

**Vorgänge bei der Landespolizei in Meisa.**

Bei der Abteilung Meisa der Landespolizei mußten ein Unterwachtmeister und ein Hilfswachtmeister wegen dienstlicher Verschuldungen entlassen werden. Der eine Beamte hatte ohne Urlaub seinen Dienst für vier Tage verfallen und seinen Dienst veräußert. Um die Entdeckung seiner Entlassung zu vermeiden, hatte er seinen Dienst an einen anderen Beamten „verkauft“, der wiederum, um diesen Dienst übernehmen zu können, seinen eigenen Dienst als Handwerker veräußern mußte. An diese Entlassung sind von einem Teile der Presse Kommentare geknüpft worden, als wenn die Entlassung dieser Beamten auf die angebliche politische Gesinnung eines Polizeioffiziers zurückzuführen sei. Diese Darstellung ist nicht zutreffend. Für die Entlassung der beiden Wachtmeister sind allein die angeführten sachlichen Gründe, nämlich ihre schwere dienstliche Verschuldung, maßgebend gewesen. Da bei Feststellung des Tatbestandes der zwei übrigen Polizeioffiziere den einen der beiden schuldigen Beamten unvorschriftsmäßig behandelte, hat auch er eine Disziplinarstrafe erhalten.

**Der Streit um die Kinderzulagen der sächsischen Beamten.**

Die Bürgerlichen versuchen wieder einmal, die Reichsregierung gegen das rote Sachsen mobil zu machen. Der deutschlandweite Reichstagsabgeordnete Schmidt-Stettin hat an den Reichstag folgende Anfrage gerichtet: „Auf Beschluß der sozialistischen Parteien sind im Freihaute Sachsen den Landesbeamten die Kinderzulagen nur für Kinder bis zum 8. Jahre gewährt worden. Ist die Regierung bereit, dafür zu sorgen, daß die Landesbeamten im Freihaute Sachsen nicht anders behandelt werden, wie die in Sachsen wohnenden Reichsbeamten, die Kinderzulagen für ihre Kinder bis zum 21. Lebensjahre nach den Bestimmungen des Reichsbesoldungsgesetzes erhalten?“

Auch eine Erklärung des Reichsministers — und um eine solche kann es sich nur handeln — wird die sozialistische Parteien Sachsens zu überzeugen vermögen, daß ihre Haltung in der Frage der Beamtenbesoldung unbegründet oder falsch sei.

**Eine Falschmeldung der „Roten Fahne“.**

Vom Bezirksbetriebsrat bei der Eisenbahngeneraldirektion Dresden wird uns geschrieben:

In der „Roten Fahne“ vom 18. 10. 21 (Nr. 477) steht ein Artikel, in welchem behauptet wird, daß riesige Munitionsmengen per Eisenbahn durch Sachsen resp. Dresden transportiert werden. Uns ist von einem derartigen Transport, namentlich solch hoher Summen nichts bekannt. Unsere Betriebsräte sind nach wie vor von uns angewiesen, jeden Munitionstransport scharf ins Auge zu fassen und uns davon Mitteilung zu machen.

Burgen. Die städtischen Kollegien haben einen Vertrag mit dem Reichsforstamt geschlossen, nach dem das etwa 120 Hektare große Flugplatzgelände bei Burgen mit sämtlichen dort errichteten Anlagen für den Preis von 1 300 000 M. von der Stadt erworben wird. Das Gelände soll nach einem Bebauungsplan teils für industrielle Zwecke verwendet, teils auch zu Kleingärten zum Kartoffelbau aufgeteilt werden. Es liegen bereits 500 Gesuche von Kleingärtnern vor.

Reichenbach. Die Stadtverordneten haben die Einführung einer Vebervorschau beschlossen und die Winterbeihilfen für Untertaugenberechtigte 15 000 M. bewilligt. Ein Antrag, für die Hungernden Sowjet-Rußlands 6000 M. zu bewilligen, fand keine Unterstützung. Ein Antrag, monarchische Straßennamen in solche umzuändern, in denen vorläufige Eigenart zum Ausdruck kommt, ist angenommen und dem Rat überwiehen worden.

Delitzsch i. B. Die Stadtgemeinde hat der hiesigen Heimstätten Genossenschaft zur Förderung der von ihr in Angriff genommenen Kleinwohnungsbaulehen und dem hiesigen Kriegerliebhaberverein für ihre Baupläne ein umfangreiches Siedlungsgebiet zu beiden Seiten der schön gelegenen Forststraße unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Johanngeorgenstadt. Bei der Wähleratswahl in Johanngeorgenstadt sind von 1177 Wahlberechtigten nur 600 Stimmen abgegeben worden, davon 401 für die sozialistische und 199 für die bürgerliche Liste. Gewählt worden sind acht Freunde der weilschen und drei der Bekennnisschule.

Schneeberg. Die städtischen Kollegien haben die Beschaffung von geeigneten städtischen Grundbesitz für Kleinsiedlungen und Errichtung eines Siedlungsamts unter Angliederung an das Stadtbauamt beschlossen.

**Gerichtssaal.**

**Schwurgericht.**

**Das Drama im Tankergericht.**

Am 23. Februar dieses Jahres tötete der 45jährige Feilscher Reinhold Richter im Landgericht am Peterssteinweg seine Ehefrau durch mehrere Stiche mit einem Schlägelmesser.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Schwurgericht zeigte sich Richter nicht gerade von der besten Seite. Er ist wiederholt wegen Hehlerei, Diebstahl und Betrug mit Gefängnis und einmal wegen Bigamie mit Zuchthaus bestraft worden. Die Getötete war seine vierzigjährige Frau. Er heiratete sie im Februar 1920 und zog mit ihr in Untermiete zu einer Familie in die Sophienstraße. Das Eheleben war bald zerrüttet. Richter war fast immer arbeitslos so daß die Frau durch Rähen den Lebensunterhalt mit erwerben mußte. Welche Meinung sie von ihrem Manne hatte, geht aus einem Brief an ihren Onkel hervor, in dem sie ihn als einen großen Lump schildert, der zum Arbeiten keine Lust habe, die Leute anpumpe, sich nur von Zug und Trug ernähre und ein ganz großer Gauner sei. Eines Tages schult Richter die Bänder des seiner Frau gehörenden Kleiderkorbs durch und entwendete ihre gesamten Kleider, angeblüh, um sie zu hindern, zu Tanze zu gehen, während er in der Klinik sich einer Staroperation unterzog.

Nach seiner Entlassung aus der Klinik lebte Richter getrennt von seiner Frau. Verschönungsbriefe wies sie zurück, und leitete die Ehescheidung ein. Am 23. Februar fand vor dem Amtsgericht ein Verhör statt. Vor demselben suchte Richter sich mit seiner Frau zu verständigen, und auch nach dem Termin redete er ihr erfolglos zu. Er behauptet, sie habe ihn dabei beschimpft und er hätte in seiner Wut blindlings, ohne zu wissen was er tue, drauf zugestochen. Auf der Polizei und vor dem Untersuchungsrichter hat er aber ausgesagt, er habe die Absicht gehabt, seiner Frau ein auszuwischen, wenn sie es ablehnte, sich mit ihm zu verständigen. Er wollte ihr die Nase oder ein Ohr abschneiden oder sie in den Gehirnschüssel stechen.

Die Frau war auf der Treppe zusammengebrochen. Richter triete auf den Stufen und brachte ihr mit seinem kräftigen Schlägelmesser nicht weniger als 30 furchtbare Stiche in Brust, Rücken, Leib und Hals bei, die den unmittelbaren Tod herbeiführten. Nach der Tat suchte er mit den Fingern das Blut vom Messer, steckte es in den Rock und wollte seiner Wege gehen. Einem beherzten Sekretär gelang es, ihn festzunehmen.

Die Geschworenen belahnten die Frage nach vollendetem Totschlag und das Gericht verurteilte Richter zu 15 Jahren Zuchthaus.

**Landgericht.**

Recht milde Richter fand die Kontoristin M. aus Öhnia, die durch Fälschung von Rechnungen den Konsumverein Leipzig-Bühl um 36 000 M. geschädigt haben soll. Vor zwei Jahren war der Konsumverein schon einmal durch betrügerische Angestellte um 27 000 M. geschädigt worden. In der Gerichtsverhandlung konnte der Angeklagten aber die Schuld nicht nachgewiesen werden. Die Kontoristin M. behauptet nun, eine der damals Beteiligten, die Frau M., habe ihr erklärt, wie es gemacht worden sei, und sie bewogen, in der gleichen Weise vorzugehen, da könne sie nicht erwisch werden. Dieser Verführung ist die Angeklagte unterlegen, hat den Betrag quittierter Rechnungen mit Intenstift geänbert und sich vom Kassierer den höheren Betrag ausgeben lassen. 17 Rechnungen sind in ihrem Besitze gefunden worden. Sie hatte sie mit nach Hause genommen, damit die Sache nicht gemerkt wurde. Sie behauptet, nur diese gefälscht zu haben. Das Gericht ließ sich auf weitere Untersuchungen gar nicht ein und legte die Summe von 20 000 M., die den Fälschungen der 17 Rechnungen entsprach, seiner Beurteilung zugrunde. Die Angeklagte wurde wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Strafmißverdn

wurde in Betracht gezogen, daß die Fälschungen nicht raffiniert, sondern so klump vorgenommen wurden, daß sie der Kassierer bei einiger Aufmerksamkeit schon auf den ersten Blick hätte erkennen müssen. Von der verurteilten Summe hat die M. 7000 M. in bar und Wäschstücke im Werte von 1800 M. zurückgegeben. Sie will versuchen, mit Hilfe von Verwandten die ganze Schuld zu tilgen.

Sonderbar erscheint an dem Urteil, daß das „reumilrige Geständnis“ der Angeklagten zugute gerechnet wurde. Sie leugnete ja gerade entschieden, mehr als die 20 000 M. unterschlagen zu haben, und das Gericht hielt es auch nicht für nötig, den Vernehmen und den Kassierer, die als Zeugen geladen waren, zu vernehmen, um den Wert dieser Behauptung zu prüfen.

Die Angeklagte verteidigte sich mit der Behauptung, daß der Konsumverein nicht von sämtlichen Hochzeiten geleitet sei, was ihr den Betrag erleichtert habe. Diese Ausführungen veranlaßten den Vorsitzenden zu der Frage: „Ist das eine sozialdemokratische Organisation? Wollen Sie damit sagen, daß die Leute nur Parteimitglieder sind und sonst nichts können?“ Wenn der Vorsitzende auch weitere Verhörungen der Angeklagten als hohe Verdächtigungen zurückwies, so hatte er unsere Erwähnung doch die Pflicht, durch Vernehmung der Zeugen sich gewisse Klarheit über das Verhalten der Angeklagten zu verschaffen und der angegriffenen Verwaltung die Möglichkeit zur Rechtfertigung zu geben.

**Von Nah und Fern.**

**Opfer der Stürme.**

Kopenhagen, 25. Oktober. Der dänische Dampfer Ellena ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag im Sturm mit der gefahrenen Besatzung von 15 Mann und zwei Reisenden im Rattekatte untergegangen. In der Rille von Seeland sind mehrere Leichen an Land geschwemmt worden und zahlreiche Wracks sind an die Küste getrieben.

Berlin, 25. Oktober. (TU.) Vom Schenkermarkt wurden am Vortage der Glasermeister Haushälter aus München und ein Hochbinderlehrling überfallen. Beide haben dabei den Tod gefunden.

**Ein Stationsvorsteher als Kassenräuber.**

Düsseldorf, 25. Oktober. Ein schwerer Vahnanfall, der im März dieses Jahres in der Station Dillendorf des Bahnhofs Witt verblüht wurde und wobei den Tätern 40 000 Mark in die Hände fielen, ist jetzt aufgefädelt worden. Als Mittäter konnte der Vorsteher der besagten Station festgestellt werden. Der Haupttäter ist in Dillendorf verhaftet worden.

**Quittung Nr. 5.**

Sammlung des Gewerkschaftsvereins Leipzig für Auslands-Hilfe. Textilarbeiter Liste 320: 241.—, 330: 293.—, 331: 183.—, 332: 90.50, 333: 150.50, 334: 434.—, 335: 130.—, 336: 151.—, 337: 130.—, 338: 171.—, 339: 257.—, 340: 128.—, 341: 372.50, 342: 141.—, 343: 98.—, 344: 309.—, 345: 539.—, 346: 471.—, 347: 188.—, 348: 73.—, 349: 125.50, 350: 16.—, 2401: 101.50, 2402: 145.—, 2403: 14.—, 2404: 67.—, 2405: 56.—, 2430: 465.—, Bauarbeiter Brandis 200.—, Turnverein Eutritzsch 40.35, Gastwirt-Gesellen Liste 2071: 30.—, 2072: 13.—, Bekleidungsarbeiter Liste 481: 150.25, 482: 84.—, 483: 54.—, 484: 38.—, 485: 200.—, 486: 143.50, 487: 12.—, 488: 111.—, 489: 86.—, 490: 42.50, 491: 2.—, 492: 32.—, 493: 15.—, 494: 52.50, Metallarbeiter 63 935.21, Kleidermacher Liste 2002: 190.—, 2003: 576.—, 2007: 51.55, 2008: 158.50, 2009: 85.—, 2010: 85.—, 2012: 167.25, 2013: 4.—, 2015: 147.—, 2016: 33.—, 2022: 100.—, 2023: 152.—, 2024: 88.—, 2025: 141.50, Kleidermacher Liste 401: 476.—, 402: 71.—, 403: 30.—, 404: 15.—, 405: 40.—, 406: 95.—, 407: 17.—, 408: 7.—, 409: 35.—, 410: 38.—, 411: 20.—, 412: 8.—, 413: 40.—, 414: 70.—, 415: 57.—, 416: 31.50, 417: 20.—, 418: 35.—, 419: 21.—, 420: 17.—, 421: 15.—, 422: 21.—, 423: 20.—, 424: 40.—, 425: 10.—, 426: 527.—, 429: 85.—, 430: 89.—, Billardklub Humor, Extratag 35.—, Gewerkschaftsliste 701: 730.—, Solarbeiter Liste 2518: 415.—, 2520: 367.—, 2545: 282.—, 2549: 100.—, 2573: 173.—, 2574: 212.—, 2578: 77.—, 2577: 26.—, 2578: 264.—, 2580: 27.—, 2590: 55.50, 2727: 59.—, 2753: 136.—, 2756: 81.50, 2756: 105.—, 2759: 12.—, 2780: 32.—, 2781: 25.—, 2782: 32.—, 2783: 48.—, 2794: 9.—, 2795: 61.—, 2796: 127.—, 2798: 99.—, Eisenbahner Liste 1201: 107.—, 1207: 494.50, 1208: 771.—, 1212: 280.—, 1214: 318.—, 1215: 28.—, 1220: 350.—, 1221: 409.—, 1223: 102.50, 1239: 338.50, 1240: 136.—, 1242: 92.—, 1243: 100.—, 1247: 126.—, 1248: 37.50, 1250: 124.50, 1253: 78.—, 1255: 13.50, 1258: 11.—, 1261: 135.—, 1295: 19.—, 1298: 193.—, 1299: 37.—, 1284: 55.—, 1288: 67.—, 1287: 74.30, 1289: 67.—, 1292: 181.—, 1300: 96.—, 2713: 142.—, 2715: 207.—, 2716: 80.—, Extraktive Bm. und Station Plagwitz, preuß. 27.—, Extraktive Bm. in Engelsort 356.—, Arbeiter-Nachfahrerbund Kleinsch. 53.—, Lederarbeiter Liste 771: 100.—, Gemeindefacharbeiter Liste 733: 157.—, 725: 87.—, 726: 165.—, 727: 128.—, 732: 159.—, 733: 154.—, 734: 162.—, 735: 179.—, 736: 47.—, 738: 419.—, 739: 336.—, 1404: 431.—, 1419: 242.—, 1430: 85.—, 1431: 275.—, 1432: 105.—, 1436: 39.—, 1440: 182.50, 1444: 90.—, 1445: 620.—, 1455: 297.50, 1457: 303.50, 1460: 117.—, 1461: 138.—, 1466: 271.—, 1484: 196.65, 1496: 758.25 Arbeiter- und Angestellte der Fa. Kirchner, Selterhauhen, 2. Rate 5498.—, Sozialistische Lehrer 391.— M. — M. Bisher eingegangen 177 514.81 Mark.

**Bersammlungskalender.**

Mittwoch, den 28. Oktober.  
USPD. Deutsch. Vater Jahn 8 Uhr.  
Textilarbeiter, Volkshaus 7 Uhr.  
Konsumverein, Börsenpark, Stöckerli 7 Uhr.  
Konsumverein, Wittenballei, Plagwitz 7 Uhr.  
Konsumverein, Volkshaus 7 Uhr.  
Freie Turner L.-Weib, Stadt Lügen 7/8 Uhr.  
Donnerstag, den 27. Oktober:  
Konsumverein, Drei Mohren, Anger, 7 Uhr.  
Konsumverein, Schillerstraße, Gohlis 7 Uhr.  
Waler usw., Volkshaus 7 Uhr.  
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

**Arbeiter!** werbt neue **Volkszeitungsleser.**

**Glaser**  
Freitag, den 28. Oktober  
nachmittags 5 Uhr  
Quartals-Versammlung  
im Volkshaus, Nebenaal r.  
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal.  
2. Umlage neue Lohnforderung. 3. Antrag der Zahnliste  
Berlin betr. des Abhaltens des Verbandstages.  
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.  
Die Verwaltung.

**Einwohner v. L.-Plagwitz, L.-Lindenau,  
L.-Schleußig und L.-Kleinschöcher.**  
Donnerstag, den 27. Oktober 1921  
abends 7/8 Uhr

**Öffentliche Volks-Versammlung**  
in den Westendhallen, L.-Plagwitz, Schochersche Straße.  
Tagesordnung:  
1. Die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordnenerwahlen. Referent: Stadtverordneter Genosse **Dr. Popitz**, Leipzig.  
2. Freie Aussprache.  
Zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, erwartet  
Das Wahlkomitee der U.S.P.D. \*

Zuverlässige und ehrliche  
**Zeitungsverlegerin**  
für das Ostviertel (Mit-Beipzig) gesucht. Zu melden  
in der Expedition der Leipziger Volkszeitung.

**Fahrräder**  
Fahrradgummi  
— aller Art und Größe —  
Fahrradzubehör  
Laternen  
Riesenauswahl! Billige Preise!  
Reparaturen.  
**Fritz A. Lange**  
1 Tröndlinring 1  
gegenüber der Börs.

Alle Sorten  
**Korbwaren**  
Korbmöbe  
Reisekörbe  
Coupékoffer  
Wäschkörbe  
Stuhnwagen  
Transportkörbe  
Waschkörbe  
Arbeitskörbe  
Spänkörbe  
**G. Weißflog**  
Markt 3 Rechts Hof  
Tel. 17023. Gebr. 1849.

**Zähne 16.-**  
inkl. Platte u. Klammern pro Zahn von  
Ohne Platte inkl. Spange u. Klammern  
pro Zahn von 25.- an  
Unter schriftlicher Garantie.  
Plombierungen nur bestes Material von 10.- an  
Reparaturen in einem Tage.  
**B. Zihang** Schützen-  
strasse 21.

## Adolf Seelenfreund

Porzellan, Glas, Küchengeräte  
**Petersstr. 39** net on der Reichsbank.



**Kaffeeservice**  
 In sehr reicher Auswahl 75.- bis 3000.-  
**Tafelservice, Waschserservice**  
 . . . **Küchengeräte** . . .  
 In sehr feiner Ausführung, besonders preiswert.  
 Sammelrömer, Weinläser, Kristalle  
 Pressglas, Aluminium, Emaille  
 billigst.

## ff. Leder-Ausschnitt

empfehlen  
**Lederhandlung Heinrich Berthold**  
 Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

**Wulsenfrüchte**  
 Min. ca. 1000, prima  
 Rohen preiswert, offeriert  
 Samenhandlung August Heide  
 Marktstraße 416.

**Tapeten, Rolle 1.00 an**  
 Berlin, Meter 5 Stk. an  
 100 Brühlm. 25.-  
 Geschäftsumsatz 100 3/4  
 Wachstumsextra billig.

**Tapeten-Körner**  
 Eisenstraße 54, Ecke Körnerstr.  
 Kein Laden!

## Gummiklose

Spezial-Haus  
 für modernen sanitären  
 Bedarf  
**Leipzig**  
 Hauptstraße 77/78

**Weizenmehl (rein) 3.30 Mk.**  
 Elisabethstraße 1 |\*| Stöckertitzer Straße 15.

# JUNGBORN



Lade Dich  
und Deine Gäste  
Jungbornkaffee  
ist der Beste

# Kornkaffee

### Familien-Nachrichten

Unserm Genossen  
**Ludwig Buchmann und seiner lieben Gattin**  
 die herzlichsten Glückwünsche zu Ihrer am  
 27. Oktober stattfindenden Silber-Hochzeit  
 Mehrere Genossen

Nach kurzem aber schwerem Leiden verchied am 24. d. M.  
 im schönsten Mannesalter von 48 Jahren mein lieber guter  
 Mann, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager u. Onkel,  
**Herr Richard Zelle**  
 Leipzig, Elisenstraße 30, II.  
 Neustadt a. Orla u. Gedult bei Borna.  
 In tiefstem Schmerz  
**Frau Alma Zelle nebst Kindern u. Hinterbliebenen.**  
 Beerdiagna Donnerstag früh 11 Uhr Söfiedhof.

### USPD. Alt-Leipzig, Bezirk Osten

Unsern Mitglieder zur Nachricht, daß der Genosse  
**Hugo Merkle**  
 am Montag gestorben ist. Wir verlieren in ihm einen  
 unserer besten Genossen.  
 Ihre Lieben im Andenken!  
**Die Beerdigung** findet Donnerstag, nachm. 3 Uhr,  
 auf dem Johannisfriedhofe statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim  
 Hinscheiden meiner geliebten Frau, unserer lieben Tochter  
**Frieda Kockel geb. Anlauf**  
 sprechen wir nur hierdurch allen unseren tiefgefühltesten  
 Dank aus.  
 Leipzig, Alexanderstraße 38, S. III, und  
 E. Lindenau, Caloviusstraße 14  
 am 24. Oktober 1921.  
**Paul Kockel und  
 Familie Anlauf.**

## Kleiner Anzeiger

### Arbeitsmarkt

## 2 tüchtige Reliefgraveure

auf Stahlstansen sofort gesucht.  
**Rob. Tümmler, Dübeln.**

### Tüchtige

## Bauschlosser u. Zusammenbauer

für Eisenkonstruktionen sofort gesucht  
**Eisenbau Schiege A.-G., Paunsdorf-Leipzig.**

## Tagesaufwartung

gesucht. **L.-Lindenau, Loutzcher Str. 14, I. 1.**

## Maurer

werden ein-  
 gestellt an  
**Neubauten Siedlung Oberholz.**

## Harmonienbauer

für Berlin gesucht.  
 Offerten unter E. S. 2782  
 an Rudolf Hoffe, Berlin,  
 Moritzplatz.

## Mittel-Polierer

für Lohnverdienst, Anhalt gel.  
**Behmann & Co., Bismarckstr. 20.**

## Mehrere tüchtige Sandformer

für dauernde Beschäf-  
 tigung sofort gesucht  
**Richard Klinkhardt,  
 Wurzen**  
 Maschinenfabrik, Eisen-  
 arbeiterei, Keilschmiede

## Bernidler

der schon in Lohnverdienst, An-  
 halt gearbeitet hat, gesucht  
**Behmann & Co., Bismarckstr. 20.**

## Tüchtige Zurechter und Arbeiter

stellt ein Rauchwaren-Zu-  
 richterei Köhlich, Querstr. 8,  
 Zigarrenarbeiter(ini) Heim-  
 arbeit stellt ein Frd Schmidt,  
 Wahren, Dallsche Str. 56, I.  
 Berl. Zigarrentabrik, Arbeit-  
 terinnen, auch i. Hausarb.,  
 sucht Holmann Nachr., Kart-  
 fabrik, Kathausstraße 45.

## Ja, Mann als Teilnehm.

für  
 Straßenbdl. (grün Ware) gel.  
 W. Bag. u. Kan. nord. Off. u.  
 Teilnehmerin Wil. Odermann.

## Leimer (in)

auf Bilderrahmen, perfekt,  
 außer d. Hause b. hohem Ver-  
 dienst gesucht. **Saxonia,  
 Reichenstraße 3.**

## Frau

zum Solabündeln  
 sucht. **Solz-  
 vlat, Sackstr. 84**  
 Aufwartung woch. 3mal gel.  
 Gutr. **Salfmannstr. 11, III. 1.**  
 Aufwartung tägl. gel. mögl.  
 Raue Str. **Lugau-Str. 29, II. r.**

## Verkäufe

Neue und unterhaltene  
**Militär- u. Ulster-  
 und Hüten**  
**Winter-Überzieher**  
 ganz billig  
 P. Reudn. **Brommannstr. 12.**  
 E. Lindenau, **Querstr. 4.**  
**Winterüberzieher** anterb.  
 vert. Schl., **Rochlitzstr. 33, p.l.**

## Umsonst

für Sachen, wenn  
 getragen, auch neue  
**Ulster, Joppen  
 Anzüge**  
 Militär-gestrickte u. lantil  
**Hosen**  
 Schuhe u. Stiefe!  
 sind am billigsten nur bei  
**Kanner**  
**Wurzner Str. 15**

### Gelegenheitskäufe!

Verkaufe billig nur an  
 Privats oder kleine Han-  
 delsteile: Wäsche, Leinen-  
 und Wollwaren, Bauwäse,  
 Hosensträger, Krawatten, Triko-  
 tangen usw.  
**Bauch, Albertstraße 42, I. r.**

## Spottpbillig!

Getragene und neue  
**Ulster  
 Schlüpfer  
 Anzüge  
 Hosen**

Militär-  
 gestrickte  
 schwarze  
 Arbeiter-  
 nur prima Qualitäten u.  
 a. sämtliche Schuhwaren  
 kaufen Sie wie altes  
 kann bei billigen  
**Kanner**

## Habe keine Füllalon.

Wo kauft man am  
 rechten u. billigsten?  
**3. billigen Kleiderbörse  
 Turnerstraße 3, Sefinger**

Anzüge . . . . . von 150  
 einzelne Hosen . . . . . 50  
 einzelne Jackets . . . . . 50  
 Militärböden . . . . . 100  
 Winterüberzieher . . . . . 100  
 Militärojoppen . . . . . 50  
 Kleider, Hüten spottbillig  
 Beschaffung o. Kaufswang!

## Habe neu und getragen Anzüge à 180.- Mark Hosen à 40.- Mark Ulster à 65.- Mark

nur aus prima Stoffen  
**Gummimäntel  
 Joppen . . . . .  
 Schuhe usw.**

## Kanner

**Eisenbahnstraße 5.**  
**Habe keine Füllalon**  
 Mod. Ulster, mitt. Mauer  
 mod. Knaben-Ulster (10 3/4)  
 billig an verkaufen (Gehilf.)  
 Wiederlicher Str. 12, I. r.

## Außerordentlich billig und gut

kaufen Sie noch jetzt Ihre sämtlichen **Unterzeuge, Socken, Strümpfe,  
 Handschuhe.** — Einige Beispiele meiner Preiswürdigkeit folgen:

Herren-Hemden Maco imitiert . . . . . 26.50	Herren-Socken starke Qualität . . . . . 4.25
Herren-Hemden Maco imitiert . . . . . 34.50	Schweiss-Socken weiche . . . . . 5.50
Maco-Hemden starkfähig . . . . . 42.50	Herren-Socken sehr haltbar . . . . . 7.75
Strick-Westen . . . . . ab 55.00	
Strick-Wolle in allen Farben . . . . . 4.95	Damen-Jacketts in allen Farben 168.50
Damen-Schlupfhosen marine . . . . . 14.75	Knaben-Sweaters besonders billig
	Wollgemischte Hemden und Hosen

# C. Theodor Müller

Inhaber **Felix Müller**  
**Windmühlenstraße 42 Petersstr. 9**

**Gelegenheitskäufe!**  
 in neuen und getragenen  
**Knäusen, Schlüpfer,  
 Paletots, Ulster, Socken**  
 sowie Damenjachen u.  
 Kinderjachen jeder Art,  
 Leib- und Zeitwäse  
 zu billigen Preisen  
**3. Starf, Sternwartenstr. 1  
 Ecke Kohlsch.**

**Ausschneiden!**  
**Anzüge**  
**Palotols, Schlüpfer  
 Cutaway Gehrock  
 spottbillig, bar und  
 Teilzahlung!**  
**Martin Hahn**  
**Johannisplatz 8**  
 hinter d. Kirche und  
**Bismarckstr. 72, II. 1.**  
 u. **Lugau-Str. 70, I.**

**Händlein, Gitarre, Geige**  
 gut u. billig. **Vöser Reudn.,  
 Fröscherstr. 2, I. 1. (Kohlsch.)**

**Gold, Da-Uhr, Reuaint, mb.**  
**Banduhr, ar. Truhe, ar. Reise-  
 forb. II. Hainz, Beitenstr. 6,  
 Balkenmoos, Schneider, Geb.  
 Reiten, Herr. Oberbeind, v. l.  
 Kaiser-Wilhelm-Str. 62, I. 1.**

**Rühmlich, gut nähend, vert.**  
**Rappe Nürnberg Str. 11.**  
**Fahrräder gehr. von 40 an,  
 Aufschwände von 13.50 an,  
 Aufschür. von 43 Mt. an, i.  
 Zubehör a. bill. Tagopredien  
**Beyer**  
**Steinweg 33****

**Sitz- u. Liepswagen vert.**  
**billig Bräuberstraße 59, et. 1.**

**Kanonen-Oren zu vert.**  
**Konradstraße 35, III. r.**

**Rosen**  
 hochst. Beer. Obst  
 Sardenbergstr. 5.

**Stausgeuche**  
 Gehrock-Knäuse und alle  
 Herren- und Damen-Kleidung  
 Johannisplatz 8 (h. d. Kirche)  
 u. Bismarckstr. 72, II. 1.  
 u. **Lugau-Str. 70, I.**

**Händlein, Gitarre, Geige**  
 gut u. billig. **Vöser Reudn.,  
 Fröscherstr. 2, I. 1. (Kohlsch.)**

**Gold Silber  
 -Platin  
 Kupfer  
 Messing, Blei usw.,  
 Quecksilber, Gebisse**  
**kaufen laufend. Off. erb.  
 Schuster & Heise**  
**Leipzig, Bayerische Str. 58**  
 5 Minuten v. Bayr. Bahnhof  
 Telefon 15492

**Kinderwagen u. Puppenwag.**  
 kauf gel. Preisoff. **Wehler,  
 Connex **Niederstr. 2, II. 1.****

**Schreibergarten in Kleinsch.**  
 zu kaufen gesucht. Off. unt.  
**F. 10 an Hil. Kleinsch.**

**Ziegen-, Kanin-  
 und alle  
 anderen Felle**  
 tauf zu höchsten Tagespreis.  
 Fell- und Rauchwaren-Haus  
**S. Wahrenberg**  
**Uferstraße 3.**

## Gebrauchte, unterhaltene Kurzel-Schnurstichmaschine

zu kaufen gesucht. Angebote an **W. Hofmann, Leipziger  
 Lindenau, Albrechtstraße 108, part.**

## Ziegen Hasen Kanin

sowie sämtliche  
 anderen rohen Felle  
 kaufen ständig  
**J. & J. Wagner**  
**Brühl 21, Tel. 9980**

### Bermüdete Angeln



Verkauf nach mehr als 2000  
 neuesten Vorbildern in der  
 Verkaufsstelle Neumarkt 21  
**Dresden, Hofneubau Althoff**  
 In der Nähe d. Plagow-Bahn-  
 hof Sonnabend Uhr m. Rette  
 verlor. Geg. Belohn. abzug.  
 Lind. **Sebelstraße 35, III. r.**

## Felle

kauft  
**Rosenzweig**  
**Haltische Straße 12.**

## Steuerbüro Graf

Grimmischer Steinweg 14  
 Dresden, 3-5, Tel. 17484.

## Rechtsbureau

**O. Dimmroth, L.-Lind.,  
 Kulturstr. 4 - Tel. 43487.**  
 Prozessvertretung, Gnaden-  
 geluche, Verträge, Testamente

## Leipzig, Beth-Institut für Grad-, Gehrod- Belau, Albrechtstr. 29 a, I. Ged-Zeilner-Str., im Bankgeb.

## Tüchtiger Schneidemeister

Tierfind-Anzüge für 400. an,  
 Stoff muß geliefert werden.  
 Lieferzeit 8 Tage unter voller  
 Garantie. Angebote unterl.  
**B. 33 an die Exped. d. Blatt.**

### Wohnungen

Ja, sol. Herr sucht in Lind. od.  
 Reudn. mögl. 10. Schlafst. u.  
 Off. u. **D. 35 a. d. Exped. d. Bl.**  
 Deere-Stube von älterer Frau  
 gesucht. **Teubnerstr. 8, II. 1.**  
 Frdl. Zimmer zu vermieten,  
 Co. **Biedermannstr. 57, I. 2.**  
 57 i. Mann l. fedl. Schlafst. u.  
 wo 19 l. Tochter mit wohnen  
 kann, am liebst. bei alleinst.  
 Frau. Off. u. **C. 34 Exped. d. Bl.**

## Felle

kauft v. Händl. und Privat.  
**Rudel, Katharinenstr. 17, III.  
 Tel. 5118. Fahrkubl.**

## Kaufe Hasen-, Kanin-, Ziegen- sowie alle anderen FELLE

**Ferd. Sahn, Roscherstr. 7**

## Telephonisch

können Inzerate nicht  
 angenommen werden.  
**Expedition d. Leipz. Volkszeitung**

## Unkündiges Mädchen sucht einfache Schlafstelle

Stadt od. Vorort. Offert. erb.  
 Gohlis, **Regimentstraße 14, I. 1.**

St. leeres Zimmer o. freundl.  
 Schlafst. such. Herr i. Klisch.  
 Off. u. **B. 56 an Fil. Klisch.**  
 Leeres Zimmer wünscht jung.  
 Ehepaar ohne Kinder sofort  
 od. später bei Parteinagel  
 zu mieten. Off. u. **B. K. S.  
 Fil. Klisch, Diestaustraße 5.**  
 Tausch u. mod. sonn. Wohn-  
 st. Ka. Kl. mit Balk. Gas,  
 Wasserl. ges. gel. ob. groß. m.  
 elektr. Licht. **Mähler, Klisch,  
 Köhlschauer Straße 9b, I. r.**

## Leeres Zimmer

im Zentrum als Aufenthaltsraum während  
 der Mittagszeit für mein Personal zu mieten  
 gesucht. Für Inhaberschaft und Miete höchste  
 Bezahlung. Offerten an  
**F. B. Eulitz, Grimmische Straße 30.**